

NSTN



Nachrichten

Niedersächsischer Städtetag 12/2014



Kinder lieben Geschichten



Kostenlose
Lesestart-Sets
für Kinder
ab 3 Jahren in der
Bibliothek!

www.Lesestart.de



Lesestart
Drei Meilensteine für das Lesen



EINE INITIATIVE VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Stiftung Lesen

Impressum

Herausgeber:

Niedersächsischer Städtetag
Prinzenstraße 17, 30159 Hannover
Telefon 0511 36894-0
Telefax 0511 36894-30
E-Mail: redaktion@nst.de
Internet: www.nst.de

Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt:

Schriftleitung

Hauptgeschäftsführer
Heiger Scholz

Verlag, Gesamtherstellung und Anzeigenverwaltung:

WINKLER & STENZEL GmbH
Schulze-Delitzsch-Straße 35
30938 Burgwedel
Telefon 05139 8999-0
Telefax 05139 8999-50

ISSN 1615-0511

Zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 14 vom 1. Januar 2014 gültig.

Die Zeitschrift erscheint monatlich. Es können auch Doppelhefte erscheinen. Bezugspreis jährlich 48,- €, Einzelpreis 4,50 € zuzüglich Versandkosten. In den Verkaufspreisen sind sieben Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Für die Mitglieder des Niedersächsischen Städtetages ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Wir bitten, Bestellungen der Zeitschrift an den Verlag zu richten.

Mit dem Namen des Verfassers veröffentlichte Beiträge stellen nicht immer die Auffassung der Schriftleitung bzw. des Herausgebers dar. Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt der Verlag keine Gewähr. Nachdruck und Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Redaktion. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische oder elektronische Dokumente und ähnliches von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Titel

*Städteversammlung des
Niedersächsischen Städtetages
in der Weser-Ems-Halle in
Oldenburg am 9. Oktober 2014*

NSTN Nachrichten

Niedersächsischer Städtetag

12/2014

Inhalt

IMPRESSIONEN STÄDTEVERSAMMLUNG	190
EDITORIAL	191
ALLGEMEINE VERWALTUNG	
ISG: Freie Plätze bei den Seminaren der ISG	192
Städteversammlung des Niedersächsischen Städtetages am 9. Oktober 2014 in Oldenburg	
Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Oldenburg, Prof. Dr. Gerd Schwandner	193
Grußwort des Präsidenten des Niedersächsischen Landtages, Bernd Busemann	194
Grußwort des Stellvertretenden Hauptgeschäftsführers Uwe Zimmermann, Deutscher Städte- und Gemeindebund	196
Verbandspolitische Rede von Oberbürgermeister Ulrich Mädge, Präsident des Niedersächsischen Städtetages	197
Kommunalpolitische Grundsatzrede des Niedersächsischen Ministers für Inneres und Sport, Boris Pistorius	202
Festvortrag von Alt-Oberbürgermeister Christian Ude – „Ohne Städte kein Staat“	208
AUS DEM VERBANDSLEBEN	
Bezirkskonferenz Lüneburg-Stade tagt in Verden (Aller)	213
Oberbürgermeisterkonferenz tagt in Wilhelmshaven	214
MITGLIEDER BERICHTEN	
Varels neues Radwege-Leitsystem: Das Knotenpunktsystem	214
Individuelle Gestaltungsmöglichkeiten bei neuem Georgsmarienhütter Internetauftritt	215
PERSONALIEN	216
SCHRIFTTUM	216

IMPRESSIONEN STÄDTEVERSAMMLUNG



Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren,

ein Jahr geht zu Ende, das in mancher Hinsicht Neues und Aufregendes gebracht hat: Da waren die Neuwahlen von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, die – vorhersehbar oder überraschend – bei 40 unserer 124 Mitglieder neue Menschen an die Spitze der Stadt oder Gemeinde gebracht haben; da war die Fußballweltmeisterschaft mit dem Titel für die deutsche Mannschaft; da war im Frühsommer die Klage von 13 niedersächsischen Städten, Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreises gegen das Land, das uns lange keinen akzeptablen Ausgleich für die schulische Inklusion zahlen wollte – und der erfolgreiche Abschluss der Verhandlungen mit dem Land im Herbst; da war die Städteversammlung in Oldenburg mit der Premiere einer MP-Rede in der nichtöffentlichen Versammlung (in diesem Heft finden Sie die Dokumentation der öffentlichen Städteversammlung mit den Reden unseres Präsidenten, des Innenministers und Altobürgermeister Udes). Viel, viel mehr noch ist geschehen. Vertraute Gesichter sind aus dem Kreis unseres Präsidiums ausgeschieden, neue waren Anfang dieses Monats in Celle zum ersten Male dabei.

Die Landesregierung steht kurz vor dem Ende des zweiten Amts-

jahres; Landtag und Exekutive sind in Tritt gekommen, die Gesetzgebung läuft – manchmal zu unserer Freude, manchmal eher nicht. Aber auch an dieser Stelle sei noch einmal erwähnt, dass zum Jahresbeginn endlich das Uralt-Thema der Besoldung der Bürgermeister und Bürgermeisterinnen abgeräumt worden ist: Die neue Landesregierung hat die Zusage ihrer Vorgängerin endlich erfüllt, und die niedersächsischen Bürgermeister werden künftig vergleichbar ihren Kolleginnen und Kollegen in den anderen westlichen Ländern bezahlt.

Im neuen Jahr geht es dagegen mit manchem Thema des alten weiter: Die für dieses Jahr angekündigte Novellierung des NKomVG soll nun im nächsten kommen, gleiches gilt für den Finanzausgleich: Ein Gutachten des Niedersächsischen Instituts für Wirtschaftsforschung (NIW) soll Änderungsnotwendigkeiten aufzeigen – alle drei kommunalen Spitzenverbände sehen keine wesentlichen – und das bei dieser immer höchst umstrittenen Materie.

Ein weiteres Thema ist nicht ganz neu, wird aber alle Städte, Gemeinden, Samtgemeinden und Kreise weiter und immer mehr beschäftigen: Wie unser Präsidium am 9. Dezember beschlossen hat, stehen Städte und Gemeinden

zur Integration der Menschen, die als Flüchtlinge und Asylbewerber zu uns kommen – aus Menschlichkeit wie aus gesamtgesellschaftlicher Verantwortung. Gleichzeitig aber kann niemand behaupten, die Aufnahme, Betreuung und Integration dieser Menschen sei eine Aufgabe der örtlichen Gemeinschaft, nein es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe! Deshalb müssen auch Bund und Land die Kosten dafür übernehmen. Seit Jahren erhalten wir als Städte, Gemeinden, Samtgemeinden und Kreise keine auskömmliche Erstattung: Allein im Jahr 2013 standen 135 Millionen Euro Ausgaben Erstattungen von nur 75 Millionen Euro gegenüber. Ende November haben sich Bund und Länder auf eine Zusatzzahlung von 500 Millionen Euro bundesweit geeinigt – 45 Millionen Euro sind das für Niedersachsen – schon für 2013 hätte das Geld nicht gereicht, seitdem aber sind die Zahlen deutlich gewachsen. Das Land muss endlich die 10 000 Euro je Flüchtling zahlen, die die Kommunen brauchen, und der Bund die Gesundheitskosten übernehmen. Die Willkommenskultur in den Städten und Gemeinden lässt sich dann sicher organisieren!

*Ihnen, Ihren Familien und Ihren Städten und Gemeinden
wünschen wir friedliche, erholsame Weihnachtstage und
ein gutes, erfolgreiches frohes Neues Jahr.*

Ihre



Ulrich Mädge

Ulrich Mädge
Präsident



Frank Klingebiel

Frank Klingebiel
Vizepräsident



Heiger Scholz

Heiger Scholz
Hauptgeschäftsführer



Freie Plätze bei den Seminaren der ISG

Die Innovative Stadt GmbH des Niedersächsischen Städtetages bietet laufend Seminare für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Kommunen an. Das Seminarangebot wird dabei ständig aktualisiert und ist immer aktuell unter www.innovative-stadt.de abrufbar.

Alle Informationen zu den Inhalten, Terminen, Orten und Preisen der hier kurz vorgestellten Seminare finden sich im Internet unter www.innovative-stadt.de. Hier ist auch eine Online-Anmeldung mit Platzgarantie möglich.

-
- 12.01.2015 Akademie des Sports im LandesSportBund Nds. e.V., Hannover
Feuerwehrgebühren: Rechtssichere Kalkulation und Satzungen
 Referenten: Matthias Kossyk, Dipl. Kaufmann bei PwC; Tanja Potulski, Juristen beim Fachbereich Feuerwehr, LHH; Michael Winkel, Leitung Finanzen

 - 13.01.2015 Akademie des Sports im LandesSportBund Nds. e.V., Hannover
Aktuelle Entwicklungen im Straßenverkehrsrecht und neueste Regelungsvorhaben der Bundesregierung im Bereich Elektromobilität
 Referenten: Rupert Schubert, Referatsleiter

 - 14.01.2015 Akademie des Sports im LandesSportBund Nds. e.V., Hannover
Chancen der Bürgerbeteiligung für die Kommunale Energiewende im neuen EEG
 Referenten: Christian Heine, LL.M., Rechtsanwalt; Metin Pencereci

 - 19.01.2015 Akademie des Sports im LandesSportBund Nds. e.V., Hannover
Aktuelle Rechtsprechung und Entwicklungen zum (Landes-)Vergaberecht
 Referentin: Roswitha Brackmann, Richterin im Vergabesenat beim OLG Düsseldorf

 - 20.01.2015 Akademie des Sports im LandesSportBund Nds. e.V., Hannover
Workshop: Aktuelle Rechtsprechung zum Ordnungs- und Gefahrenabwehrrecht mit VG-Richterin Dr. Killinger (z.Zt. OVG Lüneburg)
 Referentin: Dr. Stefanie Killinger LL.M.

 - 27.01.2015 Akademie des Sports im LandesSportBund Nds. e.V., Hannover
Workshop: Der rechtssichere Umgang mit aggressiven Kunden – Neue Umfrageergebnisse und Folgerungen für ein Schutzpaket
 Referent: Dr. Arnd Stiel, Rechtsanwalt

 - 28.01.2015 Akademie des Sports im LandesSportBund Nds. e.V., Hannover
NBauO-Vertiefungskurs
 Referent: Dr. Erich Breyer, Leitender Baudirektor bei der LHH a.D.

 - 29.01.2015 Akademie des Sports im LandesSportBund Nds. e.V., Hannover
Pflanzung von Straßenbäumen und Baumpflege in der Jugend- und Altersphase
 Referent: Prof. Dr. Volker Rudolph

 - 02.02.2015 Akademie des Sports im LandesSportBund Nds. e.V., Hannover
Exklusiv für Bürgermeister/-innen und Stellvertreter: Aktuelle Probleme im Kommunalverfassungsrecht
 Referent: MDir. a.D. Robert Thiele

 - 03.02.2015 Akademie des Sports im LandesSportBund Nds. e.V., Hannover
Workshop: Rechtssichere Kalkulation von Abwasser- und Abfallgebühren
 Referenten: Dagmar Holz, Rechtsanwältin bei PwC; Matthias Kossyk, Dipl. Kaufmann bei PwC

 - 04.02.2015 Akademie des Sports im LandesSportBund Nds. e.V., Hannover
Nahversorgung und zentrenorientierte Einzelhandelssteuerung
 Referenten: Jürgen Tiemann, Beigeordneter, Niedersächsischer Städtetag;
 Günter Halama, Richter am BVerwG a.D.

Grußwort des Oberbürgermeisters der Stadt Oldenburg, Prof. Dr. Gerd Schwandner

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, lieber Herr Melken, ich schließe mich allen namentlichen Begrüßungen an.

Ich freue mich, dass ich Sie jetzt zum sechsten Mal im Rahmen unserer Tagung begrüßen darf. Ich habe ja jedes Mal gesagt, dass ich heute eine PowerPoint-Präsentation halte, das mache ich auch gerne, damit Sie noch mal ein bisschen erfahren, wie die Strategie der Stadt Oldenburg in den letzten Jahren war. Ich bin auch gerne das Vorprogramm von Herrn Ude, aber wahrscheinlich nicht ganz so unterhaltsam.

Ich fange aber erst mal an mit einer Folie, wo Sie sicher einen Schreck kriegen – und das hätte ich meinen Studenten natürlich früher auch nie durchgehen lassen. Das soll Ihnen aber etwas anderes zeigen, nämlich was wir uns Anfang 2007 in einer kleinen Gruppe innerhalb der Verwaltung überlegt haben: Wo steht Oldenburg, welches sind die Potenziale, wo wollen wir hin, welches ist die Methodik, welches sind die Themen – und all das ist in dieser Mind-Map niedergelegt. Und jetzt will ich Ihnen zeigen, was wir dann gemacht haben.

Wir haben die Einschätzung gehabt, dass Oldenburg nur dann eine gute Zukunftsperspektive hat, wenn wir uns als Wissensstadt verstehen. Der Hintergrund ist relativ einfach beschreibbar. In den USA weiß man: Wenn bestimmte Elemente zusammenkommen, dann haben Sie in einer Stadt oder in einer Region ökonomisches Wachstum und Innovation. Und da gibt es drei Begriffe, nämlich die Begriffe Talente, Technologie und Toleranz und die erläutere ich Ihnen jetzt ganz kurz.

Bei dem Thema Talente sehen Sie hier eine Reihe von Abbildungen von unseren Hochschuleinrichtungen, von Forschungseinrichtungen, die stellvertretend dafür stehen. Das überragende Projekt, was wir 2012 angefangen haben und was sicher in den nächsten 15, 20 Jahren noch dominierend sein wird, ist die European Medical School Oldenburg-Groningen. Das ist die erste binationale medizinische Hochschule, die erste Neugründung seit Regensburg im Übrigen, wo wir zusammen mit

unseren Groninger Freunden eine neue Art der Mediziner Ausbildung gestartet haben.

Zu den Talenten gehören ebenfalls die Bildungsthemen, auf die ich jetzt nicht weiter eingehen möchte. Nur am Rande: Wir investieren sehr viel in Bildung und wenn Sie unsere Nettoverschuldung ansehen, dann investieren wir vor allem in Ganztagschulen. Das hatten wir schon gestern. Im Moment bauen wir auch hier in der Nachbarschaft wahrscheinlich die modernste Berufsbildende Schule Niedersachsens.

Das Thema Technologie ist bei uns deswegen sehr gut angesiedelt, weil wir bei zwei Themen extrem gut aufgestellt sind und ich auch behaupten würde: Da sind wir so gut wie nur wenige deutsche Städte, nämlich im Bereich Energie, erneuerbare Energie vor allem, und im Bereich IT.

Das Thema Toleranz steht für kulturelle Vielfalt. 2007 haben wir damit angefangen, eine andere, positivere Integrationspolitik zu machen. Sie kennen das Prinzip jetzt alle als Willkommenskultur. Ein leuchtendes Beispiel – im wahren Sinne des Wortes – ist das Minarett der Haci Bayram Moschee, die wir im Januar eingeweiht haben. Sie sehen die moderne Skulptur, die nachts von innen mit LED angestrahlt wird und die bundesweite Resonanz auf die Einweihung dieses Minarets war auch, dass das als leuchtendes Symbol für den Dialog steht.

Wir haben dann, nachdem wir Stadt der Wissenschaft 2009 wurden – da komme ich nachher noch mal kurz drauf zurück – gesehen, dass wir ab 2010 noch ein viertes T gebraucht haben, um diejenigen in der Bevölkerung mitzunehmen, die mit dem Modernisierungskurs ihre Probleme hatten. Das T für Tradition.

Wir haben das umgesetzt, indem wir zum einen auf unsere klassische, klassizistische Architektur rekurrieren, und zum anderen traditionelle Themen, wie zum Beispiel Grünkohlessen, modern



interpretieren. Das ist ein Tipp für Sie, wenn Sie ab dem 1. November wieder nach Oldenburg kommen: wir sind die Kohltourhauptstadt Deutschlands.

Dies ist die zentrale Folie, auf der eigentlich alle wesentlichen Elemente der Stadtentwicklung der letzten Jahre zu sehen sind, auch in der Zeitschiene mit der touristischen Entwicklung. Das überspringe ich ganz schnell.

Für uns sind als internationaler Quellmarkt – und auch als Vorbild – die Niederlande sehr wichtig. Wir haben gesagt, wir müssen die klassizistische Architektur, die beispielhaft ja sonst nur in Karlsruhe oder in Weimar ist und eben hier in Oldenburg, durch eine moderne Architektur ergänzen.

Hier Beispiele aus der Innenstadtbebauung. Wir haben allerdings auch zwei große Baufelder vor uns, nämlich Konversionsprojekte. Erstens – die Donnerschwee-Kaserne, die jetzt auch schon umgewandelt wird. Und zweitens – für meinen Nachfolger und den Nachfolger oder die Nachfolgerin des Nachfolgers der Fliegerhorst, hier eine Luftbildaufnahme.

Sie sehen eine Solaranlage, die zum Großteil auf unserem Areal liegt, das ist die größte in Niedersachsen. Südlich und östlich davon werden wir in Zukunft dann sowohl Wohnen als auch gewerbliche Flächen haben.

Wie gesagt: Dreh- und Angelpunkt war, dass wir 2007 uns beworben haben für den deutschlandweiten Titel Stadt der Wissenschaft. Den haben wir 2008 gewonnen und waren dann Stadt der Wissenschaft 2009. Ohne den Erwerb dieses Titels wären diese Strategie und die Umsetzung nicht möglich gewesen.

Der zweite Aspekt neben der Wissenschaftsorientierung ist das Thema Internationalität. Dazu gehört auch die Integrationspolitik – quasi der Blick nach Innen und das andere ist der Blick nach außen.

Warum ist relativ einfach. Sie kennen wahrscheinlich solche Darstellungen, da können Sie auf einen Blick sehen, aus welchen Ländern unsere internationale Bevölkerung hier in Oldenburg stammt. Natürlich sehr stark aus der Türkei, aus dem Irak, das sind viele Flüchtlinge, aus Russland, Polen usw.

Wir haben – wie jede deutsche Stadt – ein traditionelles – wie ich das genannt habe – Portfolio von internationalen Beziehungen mit unserem wichtigsten internationalen Partner Groningen, den ich vorher bei der European Medical School schon erwähnt habe. Das sind die klassischen Städtepartnerschaften.

Wir haben aber auch dann 2007 angefangen, ein strategisches Portfolio aufzubauen, vor allem mit chinesischen Städten. Dabei hatten wir teilweise die Hilfe von unseren holländischen Freunden, weil die natürlich weltoffener sind und schon seit Jahrhunderten Bezie-

hungen zu chinesischen Städten haben, vor allem zu Tianjin und Xi'an.

Wir haben das dann im Laufe der Jahre erweitert. Baltimore County überspringe ich. Buffalo City ist die Hauptstadt von Eastern Cape. Sie wissen ja, dass das eine Partnerschaft gibt zwischen Eastern Cape in Südafrika und Niedersachsen. Im nächsten Jahr findet das 20-jährige Jubiläum statt.

Die südafrikanische Seite wünscht sich mehr kommunale Beziehungen unterschiedlicher Art zwischen niedersächsischen Kommunen und Kommunen in Eastern Cape. Das hatte ich schon im Präsidium ja auch gesagt und das wäre auch eine Bitte von mir an Sie, dass Sie sich überlegen, ob Sie da nicht auch aktiv werden könnten.

Mit einigen Jahren Vorbereitungen haben wir jetzt auch enge Kontakte mit Bursa in der Türkei geknüpft.

Zwei kurze Beispiele, was wir in China machen. Mit Dalian, einer Hafenstadt, klassische Partnerstadt von Bremen, haben wir im April das erste deutsch-chinesische Krebs-Zentrum eröffnet mit etwa 1 000 Betten. Unser Klinikum Oldenburg hat das mit dem dortigen Krankenhaus – die haben 3 000 Betten und sind Teil der Universität dort, die allein 15 000 Medizinstudenten hat – innerhalb von 15 Monaten quasi aus dem Boden gestampft. Das ist eben die chinesische Geschwindigkeit. Hier sehen Sie uns bei der Eröffnung, der 2. von links ist der deutsche Generalkonsul Voss.

Wir sind dieses Jahr auch vertreten bei der Weltgartenbauausstellung in Qingdao. Warum ist relativ einfach, die Region um Oldenburg ist eines der großen Gartenbauzentren Europas. Europas Marktführer ist im Landkreis Ammerland und da macht das Sinn, dass wir nach 2011 auch diesmal wieder mit dabei sind. Auch mit der Unterstützung durch das Land Niedersachsen. Das sind Fotos von der Eröffnungszeremonie, die im strömenden Regen stattgefunden hat.

Wie haben wir diese internationalen Aktivitäten hier vor Ort auch kommuniziert? Durch jeweils halbjährige Kulturprogramme 2010 mit China, 2012 mit Südafrika und jetzt seit dem 12. Mai mit den Türkei Begegnungen. Ziel sollte sein, dass Oldenburg großstädtischer, weltläufiger, internationaler wird.

Dass wir erfolgreich sind, beschreiben alle Wirtschaftsmagazine Deutschlands in den letzten Jahren. Selbst der Zensus konnte dem Wachstum Oldenburgs nichts anhaben, wir sind seitdem die drittgrößte Stadt, das bleiben wir. Die Tourismuszahlen sind nach oben gegangen und wenn ich jetzt Steve Jobs wäre, würde ich sagen, „one more thing“ ...

Das ist die Lieblingsfolie meiner Kämmerin, das ist die Entwicklung der Kasenkredite in den letzten acht Jahren. Ich hoffe, dass es meinem Nachfolger gelingt, diese Null-Linie zu halten. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Grußwort des Präsidenten des Niedersächsischen Landtages, Bernd Busemann MdL

Sehr geehrter Herr Präsident, Oberbürgermeister Mädge, Herr Oberbürgermeister Klingebiel, sehr geehrter Herr Hauptgeschäftsführer Scholz, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Prof. Schwandner, liebe Parlamentsvizepräsidenten Bachmann und Klare, Herr Minister Pistorius, Herr Staatssekretär Dr. Miseke, liebe Kolleginnen und Kollegen aus Bundestag, Landtag, aus den kommunalen Parlamenten, Herr Oberbürgermeister, das a. D. lasse ich mal beiseite, Herr Ude, meine sehr geehrte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gerne bin ich natürlich wie immer der Einladung zur 18. Städteversammlung des Niedersächsischen Landtages gefolgt und freue mich, dass ich natürlich die Grüße des Landtages hier überbringen darf, aber natürlich dann

auch und gerne einige Worte an Sie richten darf. Ohne Städte kein Staat, so lautet der Titel des Festvortrages von Herrn Oberbürgermeister Ude, den wir gleich hören werden, auf den wir uns freuen.

In einem Land wie Niedersachsen gleichwohl ist das eine steile Ansage. Schließlich leben die allermeisten Niedersachsen nicht in großen Städten, sondern auf dem Lande. Wir haben in Niedersachsen mit Hannover überhaupt nur eine Stadt mit mehr als 500 000 Einwohnern. Im Übrigen, diese Stadt hat sich am 3. Oktober, letzte Woche Freitag, rund um den Tag der Deutschen Einheit grandios präsentiert. Das war eine Bewerbung für ganz Niedersachsen, nicht nur für Hannover. Und es war nicht nur das gute Wetter, es hat alles wunder-

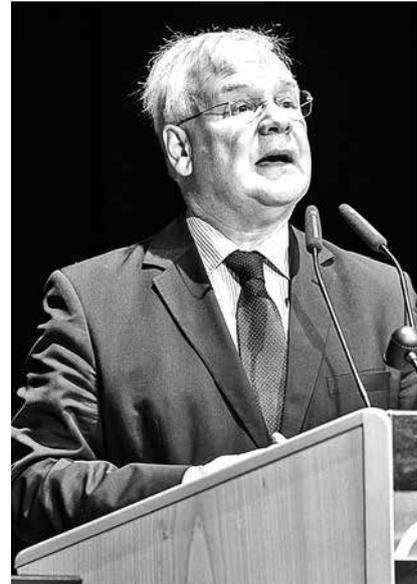
bar gepasst und was aus Deutschland zusammenkam, viele haben, wir wussten gar nicht, wie schön das ist und was ihr alles zu bieten habt und der Maschsee und Herrenhausen und das Rathaus, was alles zusammenkommt, da ist für die Landeshauptstadt PR-technisch offenbar noch Luft nach oben.

Daneben gibt es in Niedersachsen fünf weitere Großstädte mit über 100 000 Einwohnern, natürlich auch dann diese wunderbare alte Residenz- und Landeshauptstadt Oldenburg. Was das für eine Struktur des nach Bayern zweitgrößten Flächenlandes der Bundesrepublik bedeutet, macht ein einfacher Vergleich deutlich. Unser Nachbarland Nordrhein-Westfalen hat 30 Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern, von denen allein fünf die Grenze von 500 000 Einwohnern überschreiten.

Verehrter Herr Ude, als früherer OB der Weltstadt mit Herz werden Sie mir möglicherweise auch nachsehen, wenn ich annehme, dass auch der ein oder andere Landbewohner in Oberbayern oder Mittelfranken zusammenzucken dürfte, wenn er den apokalyptischen Satz hören würde, ohne Städte keinen Staat. Und dennoch, meine Damen und Herren, der Satz trifft voll ins Schwarze, denn zumindest unser moderner freiheitlicher Staat ist ohne seine Städte und ihren Beitrag zur demokratischen Kultur gar nicht denkbar. Im Mittelalter hieß es, Stadluft macht frei. In den Städten entwickelte sich Partizipation, schrittweise auch Demokratie, die Städte waren schon früh als kleine Republiken organisiert. Auf der Ebene der Räte und Magistrate konnten wir Deutsche über Jahrhunderte schon mal üben, wie die Herrschaft des Volkes gestaltet werden kann, damit sie allen gerecht wird und nicht zur Anarchie oder zum Recht des Stärkeren wird. Die preußische Städteordnung von 1808 machte dann die kommunale Selbstverwaltung zu einer der wichtigsten Grundlagen der Staatlichkeit in Deutschland. Die kommunale Selbstverwaltung, das sage ich mit Bedacht, ist das Kernstück der Subsidiarität und damit eines der Erfolgsgeheimnisse unserer Bundesrepublik, meine Damen und Herren. Und das ist nicht nur irgendwo Schulwissen, was man so gemeinhin dann und wann mal erwähnt, es ist gelebte Wirklichkeit.

Meine Damen und Herren, unter anderem diese wichtige historische Rolle der Städte hatte Bundespräsident Lübke seinerzeit im Auge, als er dem Niedersächsischen Landtag bei der Eröffnung des Plenarsaals 1962, den Plenarsaal gibt es schon nicht mehr, wie Sie wissen, ins Stammbuch schrieb, wir sollten der Vorstellung entgegen-treten, dass demokratische Traditionen in Deutschland erstmalig in neuester Zeit begründet und uns lediglich von den Siegermächten nach zwei Kriegen oktroyiert worden seien. Unterm Strich völlig korrekt. Kein Staat ohne Städte, meine Damen und Herren. Aber es gilt genauso umgekehrt. Die Städte brauchen den Staat. Das erfahren wir in diesen Tagen besonders deutlich, wenn es darum geht, die steigende Zahl von Menschen angemessen zu betreuen, die in Deutschland Zuflucht vor Krieg und Verfolgung suchen. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs hat es zu keiner Zeit so viele Vertriebene weltweit gegeben wie heute, Sie kennen die Zahlen.

Das Uno-Flüchtlingswerk UNHCR hat ermittelt, dass derzeit weit über 50 Mio. Männer, Frauen, Kinder weltweit auf der Flucht sind. Davon haben zurzeit, der Innenminister wird es vielleicht noch besser wissen, über 65 000 allein in diesem Jahr einen Asylantrag bei uns gestellt, für 2014/2015 rechnet man derzeit mit je etwa 200 000 Flüchtlingen, die nach Deutschland kommen werden. Meine Damen und Herren, hier ist nicht das Lamento angesagt, was wir vielleicht aus den 90er Jahren noch so ein bisschen im Hinterkopf haben, es ist im Wesentlichen eine geklärte Lage. Diese Menschen fliehen eben nicht vor der wirtschaftlichen Lage in ihrer Heimat, die es noch manchen immer noch meinen unterstellen zu dürfen. Sie verlassen ihre Dörfer und Städte eben nicht freiwillig, sondern weichen brutalster Gewalt. Schlimme Bilder, die uns tagtäglich da erreichen. Gerade wir Deutschen wissen aus unserer Geschichte, was es bedeutet, gewaltsam vertrieben zu werden. Deutsche waren dabei Täter und Opfer. Das NS-Regime hat im deutschen Namen Millionen Menschen aus Mittel- und Osteuropa vertrieben oder ermordet und zwölf bis 14 Millionen Deutsche wurden 1945 mit Gewalt aus den Ostgebieten verjagt. Dem proportional größten Anteil dieser Flüchtlinge hat Niedersachsen auf seinem Landesgebiet aufgenommen und integriert. Ihre



Arbeitskraft und Kreativität hat unendlich viel zum Wiederaufbau unseres moralisch und materiell zerstörten Landes beigetragen. Nicht nur deshalb sehe ich uns in der Pflicht, auch den Flüchtling aus dem Irak und Syrien zu helfen, soweit unsere Kapazitäten es zulassen.

Diese Kapazitäten, meine Damen und Herren, werden zurzeit vor allem den Kommunen abverlangt. Es muss aber ganz klar sein, die Aufnahmeunterbringung und Versorgung der Vertriebenen ist am Ende oder sogar zuvor eine gesamtstaatliche, eine gesamteuropäische Aufgabe. Und deshalb begrüße ich es, dass das Auswärtige Amt jetzt am 28. Oktober eine Flüchtlingskonferenz anberaumt hat, auf der die drängendsten Fragen besprochen und hoffentlich geklärt werden können. Und auf eins kann man sich verlassen, das wird sicherlich eine Veranstaltung mit großer Symbolkraft werden, aber das reicht nicht, es müssen, wie wir so sagen, konkrete Ergebnisse nachher, „Butter bei die Fische“, sagt man auf Norddeutsch, klare Regelungen sind erforderlich. Was geschehen kann, wenn der Staat nicht angemessen auf die Herausforderung der wachsenden Flüchtlingsströme reagiert, mussten wir – ich sage durchaus voller Scham – in der letzten Woche erfahren, Bilder, wie aus Guantánamo oder Abu-Ghuraib, so die Medien, kamen plötzlich aus Flüchtlingsunterkünften mitten in Deutschland. Das dürfen wir nicht zulassen, das will auch keiner zulassen. Das gilt, umso mehr, als sich die Gewalt in den bekannt gewordenen

Fällen nicht etwa gegen Kriegsgegner bzw. wirklich oder vermeintliche Terroristen richtete, gequält, misshandelt wurden unschuldige, hilflose Menschen, die einfach nur Zuflucht vor der Gewalt in ihrer Heimat bei uns gesucht haben und suchen. Vor wenigen Wochen war ich im Grenzdurchgangslager Friedland, konnte mir da selber auch von etlichen Flüchtlingen über die Schicksale berichten lassen, die sie zu uns geführt haben. Und gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Berichte haben mich die Misshandlungen eben in deutschen Flüchtlingsunterkünften doppelt erschrecken lassen. Ich glaube, wir sind uns einig, das hat eine verheerende Auswirkung,

gerade auch, was das Ausland angeht, was Außenbetrachter angeht. Und ich will mal grundsätzlich sagen und ich weiß uns da eigentlich alle miteinander einig. An welchem Standort auch immer, in welcher Verfahrenslage und Lebensphase auch immer und alle bemühen sich an ihrer verantwortlichen Stelle da entsprechend, wir gehen schlicht und ergreifend mit diesen Menschen in Deutschland, in Niedersachsen anständig um.

Um so etwas in Zukunft zu verhindern, ist natürlich die gesamte Gesellschaft gefordert, gerade die Städte werden in den nächsten Monaten vor Anforderungen gestellt werden, deren Ausmaß weit über das Gewohnte hinausgeht.

Das wissen wir, das ahnen wir. Daher ist es wichtig, dass Europa, Bund und Länder ihre Städte nicht mit dem Problem im Stich lassen, sondern es in einer gemeinsamen Anstrengung zu lösen versuchen. Ohne Städte eben kein Staat. Aus diesem Satz, sage ich mal abschließend, folgen insofern Anspruch und Verpflichtung gleichzeitig, und zwar für beide Seiten. Für den Niedersächsischen Landtag – das darf ich, ich hätte fast gesagt, wie jedes Jahr, aber weil es einfach so von uns auch so empfunden wird – sind die Städte stets wichtige Partner, ohne die im Lande tatsächlich kein Staat zu machen wäre.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Grußwort des Stellvertretenden Hauptgeschäftsführers Uwe Zimmermann, Deutscher Städte- und Gemeindebund

Es ist mir eine große Freude, heute hier ein kurzes Grußwort für den Deutschen Städte- und Gemeindebund an Sie zu richten. Der Niedersächsische Städte- und Gemeindebund ist ein starker Verband, das sieht man, wenn man hier nur in den vollen Saal schaut. Ich darf Ihnen versichern, dass wir froh und dass wir auch stolz sind, den Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund bei unseren Mitgliedsverbänden im Deutschen Städte- und Gemeindebund zu wissen.

Ich darf Ihnen zu Ihrer 18. Städteversammlung heute die Grüße unseres Präsidenten übermitteln, Herrn Christian Schramms, Oberbürgermeister der Stadt Bautzen und auch unseres Hauptgeschäftsführers Gerd Landsberg, die leider beide heute verhindert sind, hier bei Ihrer Städteversammlung selbst anwesend zu sein.

Neben den Grüßen Ihres Bundesverbandes möchte ich einige ganz kurze Worte sagen, was wir aktuell in Berlin machen, womit wir uns beschäftigen. Ich habe eben, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Prof. Schwandner, mit Freude gehört, dass Ihre Stadt, was die Kassenkredite angeht, gegen Null sich entwickelt hat. Ich bin froh, zu sehen, dass es solche Beispiele gibt. Was die bundesweiten Zahlen angeht, sind wir jetzt allerdings bei fast 50 Milliarden

Euro kommunalen Kassenkrediten, der Städte, der Gemeinden und Landkreise in Deutschland. Hinzu kommen noch über 80 Milliarden Euro an kommunalen Investitionskrediten. Daher ist unser wichtigstes Thema im Deutschen Städte- und Gemeindebund, aber genauso bei unseren Schwesterverbänden im Deutschen Städtetag, im Deutschen Landkreistag, die Frage der kommunalen Finanzentlastung und der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Wir üben uns in Berlin seit einiger Zeit darin, Koalitionsverträge richtig zu lesen und richtig zu verstehen. Wir haben gelesen in dem Koalitionsvertrag, dass wir sofort entlastet werden um eine Milliarde Euro. „Sofort“ heißt nun, dass die Entlastung in Höhe von einer Milliarde Euro im nächsten Jahr, also 2015 kommen wird. Immerhin. Diese eine Milliarde Euro werden zur Hälfte durch erhöhte KdU-Bundesanteile, zur anderen Hälfte durch mehr gemeindliche Umsatzsteueranteile an die Kommunen fließen.

Wir haben weiterhin im Koalitionsvertrag gelesen die Zusage der Entlastung der Städte, der Gemeinden, der Kommunen um fünf Milliarden Euro jährlich. In unserer politischen Unerfahrenheit haben wir geglaubt, dass der Koalitionsvertrag für diese Legislaturperiode gelten würde. Wir haben aber



dann gelernt, dass diese Entlastung erst in 2018 greifen soll, also in der zukünftigen Legislaturperiode. Wie Sie sehen, nicht die Interpretation, mit der wir zufrieden sind. Es gibt unterdessen in der Bundespolitik erste Signale zumindest im Jahr 2017 von diesen fünf Milliarden kommunale Finanzentlastung eine erste Stufe zu starten. Im Gespräch ist eine Summe von zusätzlichen zwei Milliarden im Jahr 2017, die an die Kommunen fließen sollen. Das steht aber noch nicht im Bundes-

gesetzblatt, um das gleich vorweg zu sagen.

In der Diskussion war, eine Reform der Eingliederungshilfe als Instrument zu verwenden, die Städte, die Kommunen in Höhe von fünf Milliarden Euro pro Jahr zu entlasten. Dazu ist nun der aktuelle Diskussionsstand in Berlin der, dass zwar die Reform der Eingliederungshilfeleistungen in dieser Legislaturperiode sozialpolitisch erfolgen wird. Dass man in der Eingliederungshilfe aber nicht mehr das Instrument sieht, um die Städte finanziell zu entlasten.

Der neue Ansatz, ich kann Ihnen das aktuell aus Berlin berichten, der dort verfolgt wird, ist, dass der Bund die Kosten der Unterkunft übernimmt. In dem ersten Schritt 2018 in Höhe von fünf Milliarden Euro, ab 2020 sogar in der vollen Höhe. Das sind im Augenblick etwa 8,7 Milliarden Euro insgesamt. Außerdem wird überlegt, den Solidaritätszuschlag zu sichern und in die Gemeinschaftssteuern, in die Einkommensteuer zu integrieren. Durch den gemeindlichen Einkommensteueranteil von 15 Prozent würden uns weitere Mittel zufließen, sodass wir bei über zehn Milliarden Euro kommunale Finanzentlastung wären. Aber: Gebranntes Kind scheut das Feuer. Wir sind auf der einen Seite froh, dieses zu hören, auf der anderen Seite warten wir

immer erst ab, was nach der Diskussion und politischen Beschlussfassung im Bundesgesetzblatt steht. Und wir fragen uns natürlich auch, wenn aus den fünf Milliarden Euro kommunaler Finanzentlastung plötzlich zehn werden, wie denn die Gegenleistung aussieht und wer die bezahlt? Das ist ein Punkt, der für unserer Arbeit natürlich sehr wichtig ist.

In dem Koalitionsvertrag steht unter anderem auch, dass alle diese Reformfragen, auch die Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund, Ländern und von Kommunen in einer Kommission gelöst werden sollen unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände. Und, Herr Präsident des Landtages, auch der Landtage, auch das steht in diesem Koalitionsvereinbarung. Jedenfalls im Wortlaut. Es gibt aber jetzt stattdessen zunächst eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe, in der wir als kommunale Vertreter nicht beteiligt sind, sodass die Informationen, die ich Ihnen berichten kann, vom Hörensagen sind. Wir hoffen, dass nach Abschluss dieser Bund-Länder-Arbeitsgruppe tatsächlich mit einer Kommission ein Beratungsgremium, ein Beratungsformat in Berlin auf den Weg gebracht wird, bei der wir als Vertreter der Kommunen mitwirken können und uns nicht auf informelle Informationsstände verlassen müssen.

Letztes Stichwort: Internationalität. Herr Oberbürgermeister Schwandner, Sie haben die Internationalität Ihrer Stadt Oldenburg vorgestellt. Auch das sind wichtige Aktivitäten im Deutschen Städte- und Gemeindebund. Das internationale solidarische Engagement der Städte, der Gemeinden steht bei uns im Fokus. Natürlich steht bei uns auch die Europäische Union im Fokus, bis hin zu der Frage, wie Richtlinien sich bei Ihnen im Rathaus auswirken oder die Debatte über das TTIP, das internationale Freihandelsabkommen. Städtische Daseinsvorsorgedienstleistungen werden immer wieder in Europa infrage gestellt. All das sind Schwerpunkte unserer Arbeit in Berlin, aber auch in unserem Büro in Brüssel, das wir doch mit unseren Schwesterverbänden Städtetag und Landkristag gemeinsam seit vielen Jahren schon erfolgreich betreiben.

In dem Sinne möchte ich mein kurzes Grußwort schließen, wünsche Ihnen zu Ihrer 18. Städteversammlung weiterhin gute Beratung und interessante Vorträge. Ich freue mich selbst auch schon auf den Vortrag von Herrn Altoberbürgermeister Herrn Ude.

Wir im Deutschen Städte- und Gemeindebund setzen weiterhin auf die gute Zusammenarbeit mit dem Städtetag hier in Niedersachsen und ich freue mich auf das weitere gute Miteinander mit Ihnen. Danke schön.

Verbandspolitische Rede von Oberbürgermeister Ulrich Mädge, Präsident des Niedersächsischen Städtetages

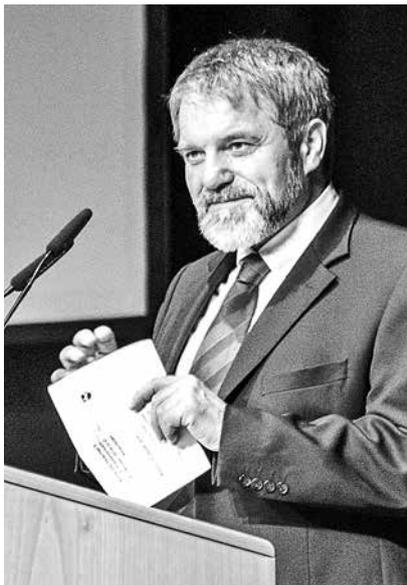
Sehr verehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle folgt ja immer die verbandspolitische Rede des Präsidenten. Wir haben sie geteilt, schon gestern Abend mit Herrn Ministerpräsident Weil, sozusagen einen Teil abgearbeitet. Ich habe mich bemüht, heute ein paar andere Akzente zu setzen, aber ein Teil von gestern wird sich sicherlich wiederfinden.

Sehr geehrter Herr Minister Pistorius, zunächst einmal freuen wir uns, dass Sie da sind und dass wir an der Spitze des Innenministeriums einen Oberbürgermeister haben, der die Arbeit in den Städten und Gemeinden im Land kennt. Und von dem wir auch wissen, dass er pragmatisch veranlagt ist. Also zielorientiert arbeitet. Das ist für uns ganz wichtig, weil Sie als Kommunalminister an vielen Stellen für uns tätig

werden müssen gegenüber dem Landtag. Die Neuerung, die wir bei Ihnen haben, ist, dass wir alle Vierteljahre als Spitzenverbände ein Ministergespräch führen. Dafür sind wir dankbar, weil der Kontakt, das wissen wir – und wer sich noch an Frank Klingebiel's Rede in Hitzacker erinnert – das ist, was wir besonders brauchen. Seien es Ministergespräche, sei es auch mit dem Kabinett wie letzte Woche. Wir wün-

schen uns natürlich, dass dann auch Ergebnisse dabei rauskommen und umgesetzt werden. Das ist, glaube ich, das Entscheidende, und da müssen wir noch ein bisschen dran arbeiten. Aber wir haben gestern auch ein paar Aussagen von Herrn Weil gehört, dass doch das eine oder andere in Arbeit ist. Ich komme gleich auf zwei Themen, die uns beschäftigen.

Wir stellen fest, und das hat sicherlich auch etwas zu tun mit den veränderten Mehrheiten in den Landtagen und damit bis in den Bundesrat hinein, dass der Bundesrat mehr mit kommunalen Themen bespielt wird von Seiten der Lan-



desregierung und dass es vorher mit uns Abstimmungen gibt darüber, sei es bei der Kita-/Krippenförderung, der Städtebauförderung, der Krankenhausförderung oder der Aufhebung des Kooperationsverbotes. Das sind Dinge, wo wir merken, dass das Land unsere Themen aufnimmt und einbringt, quer über die Fachministerien. Natürlich merken wir, dass wir an einigen Stellen nicht so durchkommen. Das ist zum Beispiel bei der 100-prozentigen Weitergabe der Grundsicherung an die Kommunen. Da bleiben 120 Millionen erst mal beim Land hängen, und auch die Kreise folgen dem Landesbeispiel teilweise und geben die Entlastung nicht voll weiter an die Gemeinden. Das ist ein Webfehler. Und, Herr Zimmermann, es ist das, was wir zukünftig vermeiden müssen, Stichwort KdU, und was Sie vorhin beschrieben haben. Ich glaube, mit Verteilung der Bundesentlastung, 50 Prozent MWSt/ 50 Prozent KdU was wir jetzt bei der einen Milliarde 2015 haben, können wir kreisangehörigen Gemeinden besser leben. Bei der Grundsicherung haben wir eben erlebt, dass das Geld nicht weitergereicht wurde, obwohl es klar im Gesetz stand. Andere Länder haben dieses gemacht. Allerdings, und das muss man wieder positiv erwähnen, hat der Innenminister gleich ins FAG die Grundsicherungsgelder bei den Landkreisen mit eingerechnet, sodass wir nach langen Diskussionen im letzten Jahr wenigstens einen kleinen Ausgleich bekommen haben.

Meine Damen und Herren, ich habe es gestern gesagt – und das ist wichtig besonders beim Innenminister – Qua-

lität und Schnelligkeit und Genauigkeit sind ein Markenzeichen der deutschen Kommunalverwaltung, auch der Niedersächsischen Kommunalverwaltung. Wir möchten dringend darum bitten, dass nicht durch Beschlüsse im Landtag eingeschränkt wird und wir langsamer werden, weil man eigene Handlungsfelder nicht erkennt und meint, man muss jetzt die kommunale Ebene bespielen mit neuen Gesetzen, mit neuen Richtlinien. Das merkt man bei verschiedenen Verordnungen, das merkt man zum Beispiel bei der Verkürzung der Amtszeiten. Ich komme nachher noch darauf, Stichworte Bürgerentscheid und Personalvertretungsgesetz. Das ist unsere große Sorge, die übrigens nicht neu ist, die wir immer angemahnt haben. Lassen Sie uns einfach unsere kommunale Freiheit, unsere kommunale Selbstverwaltung, dann können wir es richten. Um das deutlich zu sagen: Denken Sie bitte nicht, Sie müssten regelmäßig eine „Beglückung“ der kommunalen Brüder und Schwestern erreichen, indem Sie ihnen ein neues Gesetz geben, das wir nicht brauchen. Wir sind eine Schicksalsgemeinschaft, wir müssen zum Beispiel in Infrastruktur und Bildung investieren. Und wir müssen gemeinsam definieren, dass Bildung auch rentierliche Kosten sind, nur die Rendite nicht so zu berechnen ist, wie bei einer unternehmerischen Investition und dass wir, wenn wir in die Bildung sofort investieren wollen, dafür Mittel haben müssen – entweder durch das Land oder durch gemeinsame Lösungen. Wir müssen sicherlich einen Spagat finden zwischen der rentierlichen Kreditaufnahme und der Schuldenbremse des Landes bei den jeweiligen Haushaltsgenehmigungen. Wir müssen den Prozess verstetigen, das heißt, nicht immer nur jährlich die Dinge betrachten und abwägen, was wirklich nötig ist und was nicht. Wir sind bereit dazu, Wege mitzugehen, aber wie gesagt, es müssen auf beiden Seiten der Wille und die Pragmatik vorhanden sein.

Ein Thema, auf das ich nochmal genauer eingehen möchte, zieht sich durch die ganze Städteversammlung und durch alle Gazetten.

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, Sie haben es angesprochen: das Thema Flüchtlinge. Wer die 90er Jahre erlebt hat, wird sagen, so viele Flüchtlinge haben wir nicht und es war eine andere Zeit. Aber wenn wir vergleichen

mit den 90er Jahren, dann sollten wir nicht die Fehler der 90er Jahre machen. In den 90er Jahren haben wir auch gut untergebracht, also wir Kommunen haben damals ein gutes System gehabt: vernünftige Unterkünfte und Sozialarbeiter in Begleitung. Wir haben aber nicht gesehen, dass es sinnvoll wäre, gleich mit Bildung anzusetzen, um die Integration von jungen Menschen zu beschleunigen. Und die Folgen, die haben wir heute. Wir haben gedacht, das sickert alles ins Schulsystem ein, und das wird schon. Heute sehen wir das anders und haben die dringliche Bitte, die wir auch beim Ministerpräsidentengespräch vorgebracht haben: Hier muss sofort schulische Hilfe ansetzen. Im Kindergarten, in den Grundschulen, hier müssen Lehrerstunden bereitgestellt werden und wir müssen die Menschen zur Teilnahme bewegen, denn sie werden lange Zeit in Deutschland bleiben und brauchen dafür Sprachkenntnisse. Das wissen wir doch alle; und deswegen unsere Bitte auch an das Landesministerium, hier dafür zu sorgen, dass wir in einer konzertierten Aktion zwischen Innenministerium, Kultusministerium und dem Sozialministerium uns hinsetzen und sagen, was können wir machen, um dieses zu gewährleisten. Im Moment ist das alles unsortiert. Wir Kommunen gleichen das aus und zwar auch, was das Positive in unserem Land ist, durch die Willkommenskultur. Wir haben in den Städten viele Bürgerinnen und Bürger, die sich engagieren und einbringen. Aber wir wissen auch, wir können nicht fünf bis zehn Jahre auf ehrenamtliches Engagement setzen, sondern wir müssen diese Zeit nutzen, um die Strukturen zu schaffen, mit denen wir die Integration voranbringen. Der Ministerpräsident hat bei der Feier zur Deutschen Einheit gesagt, die Gäste von heute seien die Zukunft von morgen, das ist der Nachbar von morgen. Ich sage, es darf aber nicht der Nachbar von übermorgen sein, weil wir ihn dann zwischendurch verloren haben. Er taucht dann auf bei den nichtrentierlichen Kosten, nämlich in der Jugendhilfe und in der Jugendgerichtshilfe, und wir müssen doppelt so viel aufwenden wie wir heute aufwenden würden, wenn wir gleich die Hilfen ansetzen. Ich bitte alle Beteiligten darum, dieses gemeinsam mit uns anzugehen. Wir wollen es, wir sind dazu bereit, und wir müssen das gemeinsam schnell zusammen bekommen.



Hansestadt Lüneburg

Der Oberbürgermeister

Lüneburg ist das wirtschaftliche und kulturelle Oberzentrum Nordostniedersachsens mit rund 73 000 Einwohnern. Die Stadt liegt in reizvoller Umgebung am Rande der Lüneburger Heide. Es bestehen günstige Verkehrsverbindungen zu den Großstädten Hamburg und Hannover. Lüneburg besitzt eine Universität, verfügt über Schulen aller Systeme und bietet moderne Sport- und Freizeitanlagen sowie zahlreiche kulturelle Einrichtungen.

Die Hansestadt Lüneburg sucht zum 01.05.2015

**eine Stadträtin / einen Stadtrat
für Bildung, Jugend und Soziales
(Bildungsdezernentin / Bildungsdezernent)**

Zu den Aufgabenbereichen gehören die Bereiche Bildung und Betreuung, insbesondere Jugendhilfe, Schulen, Kindergärten und Sport sowie Soziale finanzielle Hilfen und Soziale Dienste. Die Aufgabenbereiche werden derzeit von rund 450 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wahrgenommen, davon etwa die Hälfte im Bereich der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung in Kindertagesstätten.

Eine Änderung der Dezernatseinteilung bleibt vorbehalten.

Gesucht wird eine kreative und dynamische Führungspersönlichkeit mit einem umfassenden Verständnis und fachlicher Kompetenz in bildungs- und sozialpolitischen Aufgabenstellungen. Weiterhin wird erwartet, dass der Ausbau und die Flexibilisierung der frühkindlichen Bildung weiterentwickelt und die Zusammenarbeit von offener Jugendarbeit und Schule vertieft wird.

Vorausgesetzt werden:

- ein abgeschlossenes wissenschaftliches Hochschulstudium oder die Laufbahnfähigkeit für das 2. Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 des allgemeinen Verwaltungsdienstes
- mehrjährige Berufserfahrung in einer Führungsfunktion in o. a. Arbeitsbereichen, möglichst im öffentlichen Dienst
- ausgeprägte organisatorische und kommunikative Fähigkeiten

Die Bildungsdezernentin / der Bildungsdezernent wird vom Rat der Hansestadt Lüneburg für eine Amtszeit von 8 Jahren gewählt und erhält eine Besoldung nach BesGr. B 4 Bundesbesoldungsgesetz zuzüglich einer Aufwandsentschädigung nach § 3 der Niedersächsischen Kommunalbesoldungsverordnung (NKBesVO).

Die Hansestadt Lüneburg strebt an, den Frauenanteil in der Verwaltungsspitze zu erhöhen. Daher werden mit dieser Ausschreibung besonders Frauen angesprochen, sich zu bewerben.

Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen richten Sie bitte bis zum **31.01.2015** an die

**Hansestadt Lüneburg, Büro des Oberbürgermeisters,
Postfach 2540, 21315 Lüneburg**

Sie können Ihre Bewerbung auch gern per E-Mail unter der Adresse Bewerbungen@stadt.lueneburg.de an die Hansestadt Lüneburg senden.

Für Auskünfte steht Ihnen der Leiter des Büros des Oberbürgermeisters, Herr Dr. Henry Arends, Telefon 04131 309-3127, gerne zur Verfügung.

Ein zweiter Punkt dabei ist die Erstattung der Kosten. Wir haben die positiven Beispiele anderer Länder schon aufgezeigt und wir können auch aufzeigen, wie die Kostensituation ist. Wir kennen die Finanzproblematik des Landes Niedersachsen. Nur sage ich auch deutlich: Wenn Sie immer sagen, das ist eine gemeinschaftliche Aufgabe, dann kann es letztlich nicht an den Kommunen hängen bleiben, die Kosten zu übernehmen. Es sind vor allem die Gesundheitskosten, die neben den Unterkunfts-kosten stark belasten. Hier fordern wir, die Pauschale nicht nur auf 6200 zu erhöhen, sondern sie muss nah an die 10000 Euro pro Jahr kommen plus Gesundheitskosten, damit wir diese Belastung stemmen können. Ansonsten können einige Städte, die Schwandner'sche Kurve mit den Kassenkrediten – eben in der Begrüßung durch die Stadt Oldenburg skizziert – nicht halten. Wir wollen in Qualität unterbringen, und das hat seinen Preis – vor allem in den Städten, wo wir keine Wohnungen anmieten können, sondern Unterkünfte bauen müssen. Herr Ministerpräsident hat gestern zugesagt, hierüber in Berlin Gespräche zu führen und uns dabei zu unterstützen. Ich denke, das ist wichtig. Es ist auch nicht richtig zu sagen, bringt doch die Menschen schnell in Wohnungen und dann könnt ihr auf SGB XII und auf die KdU zurückgreifen. Das ist eine Verlagerung von Kosten, die uns zur Hälfte auch wieder in die eigenen Kassen greift. Das hilft uns nicht, sondern wir müssen eine Extralösung finden. Der Landtag kann sofort beschließen, dass es mehr Geld gibt für uns. Das Argument „Schuldenbremse“ kann und darf aus meiner Sicht hier nicht ausschlaggebend sein. Wir haben eine gemeinsame Aufgabe, eine gemeinsame Verantwortung, wir wollen sie annehmen, aber bitte dann auch gemeinsam, und lassen Sie uns, wie letzte Woche, darüber reden, wie wir es hinbekommen.

Ich komme zum Thema Finanzen. Das ist ein Thema, das, solange ich hier oben stehe, bei Städteversammlungen immer präsent ist. Es ist etwas entspannter als in den letzten Jahren, das ist richtig, aber wir glaubten, dass es schneller nach vorne geht. Viele haben, so glaube ich, die Finanzkrise, die gerade mal fünf Jahre her ist, vergessen. Sie haben gedacht, dass das Delta, was wir gehabt haben – Bund, Länder und Kommunen – weg ist. Das

Delta ist nicht weg, es wird nur langsam abgebaut. Sicherlich, wir haben Städte mit guten Einnahmen aufgrund besonderer Strukturen, insbesondere wo VW einen Standort hat und Dienstleister in der Nähe sind oder wie hier in Oldenburg. Aber wir haben auch viele Städte und Gemeinden, denen es schlecht geht. Wir haben eine finanzielle Zerrissenheit der Städte und Gemeinden in Niedersachsen, die ich so noch nie gesehen habe. Die Gewerbesteuer zackt, wir merken zum Beispiel ganz schnell die Auswirkungen des Russland-Boycotts bei der Gewerbesteuer, die Vorauszahlungen werden zurückgenommen. Und wir merken auch, dass die Konjunktur zurückgeht. Und das merken wir in den Kassen sofort. Hier müssen wir sehen, dass wir diese Zacken der Gewerbesteuer, bei den Einnahmen nicht durch hektische Kürzungen bei den Investitionen, in Bildung und in Infrastruktur auszugleichen versuchen. Es gibt jede Menge Studien, dass wir bei den Investitionen in Deutschland gerade 0,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausgeben. Das ist viel zu wenig. Wir haben im Westen unserer Republik die Brücken, Straßen und Schulen aus den 50er, 60er Jahren und jeder, der weiß, wie damals gebaut worden ist, weiß heute, dass er eine Schule aus den 50er Jahren lieber abreißt und neu baut, weil das einfach wirtschaftlicher ist, als sie zu sanieren. Das gleiche gilt für Brücken und Straßen. Da müssen wir investieren, um gemeinsam die Zukunft zu gestalten. Wir können diese niedrigen Investitionsquoten nicht lange Zeit vor uns hertragen. Wir zehren von der Substanz, auch in Niedersachsen, und dieses muss sicherlich auch durch neue Finanzierungsmodelle abgearbeitet werden. Ein Blick auf die Gewerbesteuer 2013 zeigt, dass die Gewerbesteuer in Niedersachsen als einzigem Bundesland um 5,8 Prozent zurückgegangen ist. In Hamburg ist sie um 15 Prozent gestiegen, in Mecklenburg-Vorpommern um 9,6 Prozent. Das heißt, die Finanzprobleme – das sieht man bei den Kassenkrediten – haben wir im Lande und müssen sie lösen. Wir werden sie aber nicht lösen durch Veränderung am kommunalen Finanzausgleich, darüber sind wir uns einig. Hier müssen wir Wege gemeinsam beschreiten, um Lösungen zu entwickeln. Die übrigen Steuern kommen, aber das Problem der Gewerbesteuer setzt vielen Kommunen zu.

Meine Damen und Herren, wir hören immer zwei Botschaften von Bund und Land. Die eine Botschaft kommt vom Bundesfinanzminister, der stolz ist, eine schwarze Null erreicht zu haben in seinem Haushalt 2015. Und die Botschaft aus dem Land lautet: „Wir haben eine Schuldenbremse“. Ich finde, beide Ziele sind wichtig und richtig, aber wir müssen trotzdem die Diskussion führen, was ist notwendig, und wo müssen wir gemeinsam Zukunft gestalten. Ich habe mit Freude gelesen, dass Herr Ministerpräsident Weil der Rheinischen Post am 4. Oktober gesagt hat, die Schuldenbremse sei ein Konstruktionsfehler. Wenn es denn ein Konstruktionsfehler ist, dann sollten wir gemeinsam versuchen, auch die Fehler der Konstruktion zu beseitigen, das heißt ja nicht, dass das ganze Auto, um in der VW-Sprache zu sprechen, weggeworfen werden muss, sondern dass wir vielleicht das eine oder andere reparieren können, um die Dinge, die notwendig sind, anzupacken. Wir müssen nicht den griechischen Weg gehen. Wir müssen nicht den französischen Weg gehen, aber wir müssen einen Zwischenweg finden, sonst haben wir das gleiche Problem wie heute, dass manche Städte im Osten Deutschlands besser ausgestattet sind mit Infrastruktur als wir. Oder dass Frankreich uns überholt. Herr Zimmermann hat es angesprochen, wir haben fünf Milliarden Euro vom Bund zugesagt bekommen. Ich glaube, dass es ein Konstruktionsfehler gewesen ist, dass wir den Weg der Entlastung über die Eingliederungshilfe gehen wollten. Der Weg, der jetzt beschrieben wird, ist mir lieber, nämlich Entlastung der Kommunen über MwSt und KdU. Wir müssen nur sehen, dass es auch ankommt bei den Gemeinden und dass das natürlich in dieser Wahlperiode beginnt, weil viele, so wie ich, bei der Mitgliederbefragung der SPD dafür gestimmt haben, weil fünf Milliarden sofortige Entlastung der Kommunen vereinbart wurden. Da steht nichts von 2018. Ich bin jemand, der gerne daran erinnert, dass man ein Wort gegeben hat und man es auch halten muss. Vor dem Hintergrund, was ich eben gesagt habe, brauchen wir das Geld jetzt. Zum Fonds Deutsche Einheit: Ich darf daran erinnern, dass wir Kommunen immer noch durch einen Sonderbeitrag über die Gewerbesteuerumlage in den Fonds deutscher Einheit einzahlen. Wenn man das streicht, hätten wir sofort zusätzliche

Finanzmittel, in meiner Stadt wären das drei Millionen pro Jahr, um entsprechende Investitionen zu tätigen. Und diese Entscheidung, meine ich, muss man vor 2019 treffen. Warum müssen wir noch an den Bund in einem Sonderpotopf einzahlen, wo wir selber Probleme haben, Investitionen in Infrastruktur zu tätigen? Deshalb bitten wir das Land Niedersachsen um eine entsprechende Bundesratsinitiative, und wir verwenden das Geld zweckgebunden für unsere Infrastrukturmaßnahmen. Das ist gut angelegtes Geld. 25 Jahre nach der Einheit kann man das einfordern.

Wir haben gestern Arbeitskreise gehabt, unter anderem einen Arbeitskreis mit den geplanten Veränderungen beim NKomVG. Wir als Verband sagen ganz deutlich: Außer einigen Veränderungen im Gemeindegewirtschaftsrecht sehen wir keine Notwendigkeit, das NKomVG zu verändern. Herr Minister, Sie können sich erinnern, als Sie bei uns Mitglied im Präsidium waren, haben wir bei der Vorgängerregierung gemeinsam gefordert, dass endlich mal ein bisschen Ruhe im NKomVG sein sollte. Redaktionelle Änderungen ja, aber nicht das, was jetzt angedacht ist. Wir finden die Rückkehr zum Gemeindegewirtschaftsrecht gut, eine alte Forderung des Städtetages, das ist in Ordnung. Überflüssig finden wir, dass neue Grenzen für Gleichstellungsbeauftragte gezogen werden, das hat bisher funktioniert, in jeder Kommune, im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung. Wir haben ein gutes System vom Gleichstellungsbeauftragten, und wir brauchen keine Grenze bei 30 000 oder 40 000 Einwohnern. Wir brauchen auch keine Ausweitung von Bürgerentscheiden. Wir müssen sicherlich darüber reden, über die Finanzierungsdarstellung, das ist zu kompliziert für unsere Bürgerschaft. Aber wir müssen die Quoten nicht senken und vor allem nicht die Beteiligung ausweiten. Unsere Räte sind gewählt von der Bürgerschaft um in Verantwortung Entscheidung zu treffen. Sollte das jemand mal nicht machen, dann gibt es Wahlen alle fünf Jahre. Da bin ich wieder beim Anfang, wir sollen schnell sein, wir sollen genau sein, gerade in den Wachstumsbereichen, auch in Konkurrenz mit anderen Ländern.

Das gleiche gilt für das Personalvertretungsgesetz. Es gibt eine gute Zusammenarbeit zwischen den Per-

sonalräten den Oberbürgermeistern und Bürgermeistern und den Gremien. Wir brauchen keinen Wirtschaftsausschuss, wie jetzt geplant. Wir sind keine Unternehmen, wo man aufgrund von Zahlen unternehmerische Entscheidungen diskutieren muss zwischen Personalrat und der Verwaltung. Der Rat stellt den Haushalt auf und beschließt ihn. Diese Wirtschaftsausschüsse brauchen wir nicht, weil sie uns in der Arbeit behindern. Sie kosten Zeit und führen nicht zu dem Ergebnis, das man sich erträumt. Wir brauchen keinen Nebenrat. Die Haushaltsaufstellung, Diskussion und Beschluss erfolgen in den zuständigen gewählten Gremien der Bürgerschaft, und wir bitten dringend darum, dass dieser Wirtschaftsausschuss nicht ins Gesetz kommt. Wir finden gut, Herr Minister, dass Sie die Moderation aufnehmen bei den Wünschen, wo Gebietsveränderungen gewünscht werden. Sie wissen, dass wir weitergehende Wünsche haben. Aber wir sehen auch die Mehrheiten im Landtag und wie schwierig das ist, aber ich denke, wir werden gemeinsam schauen müssen, dass wir in den Regionen, die den Mut haben, aufzubrechen und sagen, wir wollen uns verändern, dass dieses auch möglich ist. Und ich sage, Zusammenschlüsse von Städten dürfen nicht an Gemeindeverbänden oder Verbänden wie den Landkreisen scheitern. Das muss eine Sache der Städte sein. In den Städten, Herr Busemann hat es angesprochen, dort ist die kommunale Selbstverwaltung entstanden und dann sollte man den Städten auch zutrauen, dass sie mit ihrer Bürgerschaft die richtige Entscheidung treffen, mit wem sie fusionieren wollen und mit wem sie nicht fusionieren wollen. Wir danken ganz herzlich dafür, dass Sie den Zukunftsvertrag fortgeführt haben. Wir sind uns alle einig, dass der Zukunftsvertrag nicht das Allheilmittel sein kann zur Lösung der finanziellen Probleme der Städte und Gemeinden. Ich meine aber, dass alle, die unter die Kriterien fallen, froh sind, dass sie eine gewisse Entlastung bei den Kassenkrediten bekommen.

Ein weiteres Thema, Wohnraumförderung. Wir haben mit Schmerzen vernommen, dass in diesem Jahr die Städtebauförderung runtergefahren wird, was Auswirkungen auf die Zuweisungen der Folgejahre hat. Wir neh-

men aber positiv wahr, dass die Städtebauförderung für 2015 noch nie so hoch war. Eine alte Forderung von uns. Das heißt, gerade im Programm Soziale Stadt können wir investieren, und wir nehmen positiv zur Kenntnis, dass die Wohnbauförderungsmittel verdoppelt wurden auf fast 80 Millionen, die wir dringend brauchen. Es ist ein gutes Beispiel von Zusammenarbeit, dass die Vergaberichtlinien mit uns und dem Verband der Wohnungswirtschaft erarbeitet wurden, um Wohnungen in Niedersachsen zu schaffen, die wir nötig haben. Ein letztes Thema, in das auch Bewegung reingekommen ist, und wo wir merken, dass wir mit den Landesbeauftragten vorankommen, ist die EU-Förderung. Wir haben eine neue Förderperiode, wir müssen uns neu aufstellen. Hier haben wir in den Gesprächen erreicht, nach langen, langen Diskussionen, dass die Steuerungsausschüsse paritätisch besetzt werden und dass wir als Gemeinden mit dabei sind, um zu entscheiden, welche Projekte man regional voranbringen kann und wie die Mittel verteilt werden. Das war unsere Forderung schon in der letzten Wahlperiode, jetzt haben wir es erreicht. Ich bin sicher, wenn wir schauen, wie Sie die Regionalentwicklung angehen in Südniedersachsen, in Ostniedersachsen, dass wir gemeinsam Lösungen mit Ihnen entwickeln können. Hier haben Sie unsere Unterstützung.

Etwas, was uns im ländlichen Bereich beschäftigt ist die Breitbandförderung. Ich glaube, man muss sich am bayerischen Beispiel orientieren, 1,5 Milliarden Landesmittel für Bayern gibt es. Das kann man nicht als Maßstab sehen aufgrund der Finanzkraft des Landes Bayern, aber 60 Millionen für Niedersachsen sind zu wenig. Wir müssen, gerade wenn wir unter dem Aspekt Strukturwandel und Demografie etwas tun wollen, den ländlichen Raum fördern und Chancengleichheit sichern und mehr Fördermöglichkeiten finden. Hier braucht es gemeinsam Mut, hier braucht es aber auch den Bund, das muss man deutlich sagen. Es können sich nicht drei Bundesminister hinstellen, eine Breitbandstrategie verkünden und in den ganzen Wortbeiträgen wartet man gespannt drauf, dass einer sagt, Kosten übernehmen wir. Es kam leider nichts. Da bitte ich, Herr Minister, dass Sie im Bundesrat tätig werden. Der Bund muss sich

massiv an der geschätzten Ausgabe oder Kosten von über zehn Milliarden Euro für Breitband in ganz Deutschland beteiligen, wir brauchen in Niedersachsen mindestens zwei Milliarden, um das einigermaßen sicherzustellen und das muss bald passieren. Wir haben eine gute Struktur, meine Damen und Herren, in unserem Land durch Oberzentren, Mittelzentren, Grundzentren, die alle funktionieren und die aufeinander abgestimmt sind. Darauf sind wir

auch stolz. Bis hin zu den Großräumen Hannover und Braunschweig haben wir eine Struktur, auf die wir aufbauen können, auf die das Land aufbauen kann und wo es vor allem verantwortungsbewusste Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker gibt, die auch bereit sind, Führungsverantwortung zu übernehmen. Herr Oberbürgermeister Schwandner hat vorhin deutlich gemacht in seinem Vortrag, was es heißt, gemeinsam zu marschieren und wie man

erfolgreich sein kann. Wir können es nicht allein, wir können es nur mit dem Land und insbesondere mit unserem Kommunalminister Boris Pistorius. Darum möchten wir Sie bitten.

Das war ein Ausschnitt der Themen, die uns bewegen. Jetzt sind wir gespannt auf Ihre Erwiderung bzw. was Sie uns heute Gutes mitgebracht haben.

Schönen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

Kommunalpolitische Grundsatzrede des Niedersächsischen Ministers für Inneres und Sport, Boris Pistorius

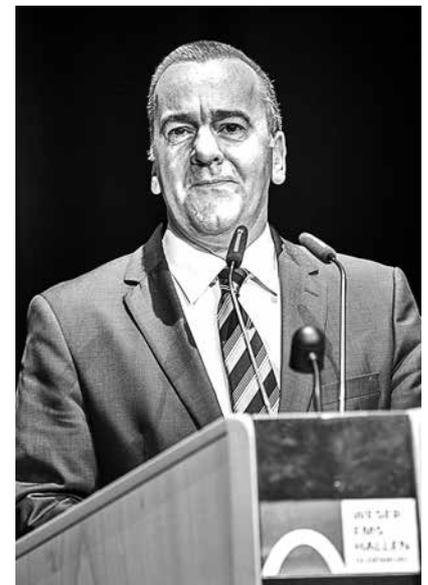
Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Uli, sehr geehrter Herr Klingebiel, sehr geehrter Herr Landtagspräsident Herr Busemann, meine Damen und Herren Abgeordneten, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Prof. Schwandner, meine Damen und Herren Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister, Schwestern und Brüder der kommunalen Familie.

Bevor ich einsteige, ein Wort an Christian Ude und Herbert Schmalstieg. Man soll ja immer zurückhaltend sein mit solchen Worten in der Öffentlichkeit, aber ich ignoriere diesen Grundsatz mal. Beide waren, was natürlich auch am Alter liegt, schon kommunalpolitisch unterwegs, als ich in die Kommunalpolitik ging. Und meine ersten Städteversammlungen liegen inzwischen gut 15 Jahre zurück und immer schon spielten die beiden eine zentrale Rolle, nicht nur auf der jeweiligen Landes-, sondern auch auf der Bundesebene und wenn es je zwei jetzt nicht mehr als solche aktive Kommunalpolitiker gegeben hat, die mich beeinflusst haben in der Frage, wie kann man Kommunalpolitik eigentlich vernünftig machen und verkaufen, dann sind das die beiden und ich freue mich sehr, dass ihr beide heute Morgen hier in Oldenburg seid.

Die zweite Bemerkung ist ein Dank an diejenigen, die verantwortlich sind für die Choreographie des heutigen Vormittags. Sie haben dankenswerterweise den Festvortrag von Christian Ude nach mir stattfinden lassen. Und zwar nicht deshalb, damit ich ihn nicht mehr hören kann, weil ich muss dann irgendwann weg, sondern der Dank deshalb, weil jeder, der nach Christian Ude redet, nur schlecht aussehen

kann. Also geben Sie mir die Gelegenheit, jetzt schwach zu reden und er kann stark aufsetzen. Vielen Dank dafür. Meine sehr geehrten Damen und Herren, herzlichen Dank natürlich auch für die Einladung zu dieser 18. Städteversammlung. Ich darf Ihnen zunächst, der Name ist ja schon ein paarmal gefallen, noch einmal den herzlichen Gruß unseres Ministerpräsidenten ausrichten, der gestern Abend mit Ihnen zusammen schon getagt und zusammengesessen hat. Er hat den Abend gut überstanden, erwartungsgemäß und hat ihn sehr genossen, wie er mir heute Morgen am Telefon sagte.

Meine Damen und Herren, nicht erst als Kommunalminister, sondern auch schon als Oberbürgermeister und ehrenamtliches Ratsmitglied von Osnabrück weiß ich sehr genau, wie wichtig die Kommunen für die Menschen sind und ich könnte, wie meine Vorredner auch, anknüpfen an den Titel Deines Festvortrages, Christian, ohne Städte kein Staat. Aber das will ich nicht, weil als Innenminister man immer Gefahr läuft, in die Interessemühle zu geraten zwischen dem ländlichen Raum und den Städten. Aber die historische Wahrheit bleibt, die historische Wahrheit, die Wiege der kommunalen Selbstverwaltung steht nun einmal in den Rathäusern und das



gleiche gilt für viele, viele Fragen von Kulturförderung mit Mäzenatentum, Bildung und vieles andere mehr, all das hat seinen Anfang in den Städten genommen, lange bevor wir über Staatsstrukturen überhaupt gesprochen haben. Von daher bleibt das in der Grundannahme ganz sicher richtig, meine Damen und Herren. Die Basis unseres Staates ist nun mal nicht Berlin und auch nicht Hannover. Die Basis sind die Städte und Gemeinden, sie sind die Grundlage für ein funktionierendes Gemeinwesen. Die Kommunen sind für die Bürgerinnen und Bürger oft und nicht selten sogar die erste, aber manchmal sogar die einzige politische Ebene, an die sie sich wenden können, direkt wenden können.

Die kommunale Ebene organisiert einen großen Teil der Daseinsvorsorge, die jeden Tag im Alltag des Menschen eine Rolle spielt. Sie bestimmen die jeweils vorhandene Lebensqualität vor Ort maßgeblich und deswegen, aber auch aus vielen anderen Gründen, auf die wir noch zu sprechen kommen werden, ist es der Landesregierung ein besonderes Anliegen, dass die Kommunen gut aufgestellt und möglichst nah an das Optimale heranreichende Rahmenbedingungen bekommen. Und heute, meine Damen und Herren, stehen die Kommunen wieder einmal vor vielfältigen Herausforderungen. Die Menschen erwarten einerseits eine gute Infrastruktur in allen Belangen. Sie erwarten gut ausgestattete Schulen und Kindertagesstätten, ein umfassendes Angebot an ausreichenden Plätzen. Sie erwarten selbstverständlich und zu Recht ein ansprechendes und vielfältiges Kulturangebot, sie erwarten all das, was wir alle von einem Leben in unserer Stadt, in unserer Gemeinde eben auch erwarten, möglichst viel. Und gleichzeitig erwarten immer mehr eine solide Haushaltsführung. Und eine starke Wirtschaft, weil das beides zusammen natürlich am Ende auch wieder bedeutet, dass die Stadt floriert, dass es Arbeitsplätze gibt und die Einnahmen gesichert sind und das wiederum bedeutet nicht mehr und nicht weniger als Zukunft. Und das alles, das wissen Sie, ist kein leichter Spagat, die Kommunen müssen dies alles in einem Umfeld leisten, das sich tiefgreifend verändert. Der demografische Wandel verändert die Bevölkerungsgröße, aber auch nicht zuletzt und vor allem die Bevölkerungsstruktur. Auch hier sage ich, zum Glück. Wenn wir es richtig machen jedenfalls. Die Kommunen müssen auf der Höhe der Zeit sein, um auf dieses dynamische Umfeld reagieren zu können und dafür brauchen Sie die richtigen Voraussetzungen. Aber meine Damen und Herren, ich sage auch und ich bin sicher, Sie stimmen mit mir überein, es gibt keinerlei Grund, pessimistisch zu sein. Wir neigen ja in Deutschland generell mentalitätsbedingt ein wenig dazu, auf gelegentlich hohem Niveau besonders laut zu klagen. Uns geht es gut und dafür muss man nicht in die Elends- und Kriegsregionen der Welt gucken, uns geht es gut und wir haben Voraussetzungen, auch die nächsten Jahrzehnte erfolgreich zu gestalten. Denn vieles entwickelt sich erfreulich. Ich denke dabei, – und ich füge gleich hinzu,

im großen Überblick – an die jüngsten finanziellen Entwicklungen. Starke Finanzen, auch das ist eine Binsenweisheit, gehören untrennbar zur kommunalen Leistungsfähigkeit. Der positive Trend setzt sich hier fort, auch für 2013 gibt es bei den Kommunalhaushalten insgesamt einen hohen positiven Finanzierungssaldo. Die Kommunen haben hier jetzt zum dritten Mal infolge einen deutlichen Überschuss erreicht. Das war möglich durch verschiedene Faktoren, durch die abgeklungene Finanzmarktkrise, höhere Steuereinnahmen und nicht zuletzt durch den kontinuierlich angestiegenen Finanzausgleich und natürlich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

Diese positive Entwicklung setzt sich voraussichtlich fort, jedenfalls voraussichtlich, auch wenn die Wirtschaftsweisen heute ihre Prognose auf 1,3 Prozent Wachstum reduziert haben und für nächstes Jahr nur noch von 1,2 ausgehen, bleibt die Grundtendenz eine weitgehend Stabile. Und so ist es kein Wunder, dass die niedersächsischen Landkreise und Gemeinden in 2014 aufgrund dieser Rahmenbedingungen rund 3,5 Milliarden Euro aus dem kommunalen Finanzausgleich bekommen. Das ist eine neue Rekordsumme, meine Damen und Herren. Die niedersächsischen Kommunen erhalten vom Land über den Finanzausgleich so viel Geld wie noch nie zuvor. Die kommunalen Kassenkredite liegen erstmals seit zehn Jahren wieder unter der Vier-Milliarden-Grenze. Das hat zu tun mit den Faktoren, die ich gerade beschrieben habe, aber auch natürlich mit den Auswirkungen des Zukunftsvertrages, der wenigstens an dieser Stelle eindeutig positive Folgen hat. Die Große Koalition in Berlin hat die Kommunen ebenfalls entlastet bzw. die Weichen dafür gestellt. Die niedersächsischen Kommunen werden ab 2015 um weitere 90 Millionen Euro entlastet. Das liegt an erhöhten Umsatzsteuerpunkten, an der stärkeren Beteiligung des Bundes an den Unterkunftskosten nach dem SGB II und auch an den Erstattungen für die Grundsicherung. Und lassen Sie mich auf die Bemerkung zum Fünf-Milliarden-Anspruch aus dem Koalitionsvertrag etwas sagen. Ja, das ist ja in den Finanzkoalitionsrunden verhandelt worden, und nicht in den innenpolitischen Runden.

Darüber kann man sich ja schon streiten, ob das denn richtig war. Die fünf

Milliarden haben wir alle freudig zur Kenntnis genommen, aber lieber Uli, ich bin sicher, Du und viele anderen hätten dem Koalitionsvertrag auch zugestimmt ohne diese Formulierung. Deswegen bleibt der Koalitionsvertrag richtig und unser politischer Anspruch muss sein, dass wir früher an diese 5 Milliarden kommen für die Kommunen, weil es dringend notwendig ist aus den Gründen, über die Du gerade, über die Sie gerade alle hier ausführlich gesprochen haben. Und diese Entlastung und die weitere zu erwartende Entlastung und die gute Konjunktur sind zweifellos wichtig, sie sind aber nicht alles. Auch die kreative und ehrgeizige Kommunalpolitik war entscheidend in den letzten Jahren für die positive Entwicklung. Ich bin davon überzeugt, dass eine kluge, vorausschauende Kommunalpolitik weiterhin die günstige Lage nutzen wird, um sich kontinuierlich weiter zu konsolidieren und das idealerweise auf verträgliche Art und Weise. Nur so können die Aufgaben ohne dauerhaften Schuldenaufwuchs erfüllt werden, auch wenn dann das Wachstum mal wieder schwächer ausfallen wird. Aber meine Damen und Herren, das Stichwort Investition ist eines, was einen umtreiben muss und in der Tat, so notwendig wie die Schuldenbremse war und ist, nach den Erfahrungen mit vielen europäischen Mitgliedsstaaten, sie hat einen schweren Konstruktionsfehler. Denn wenn es uns am Ende gelingt, über die Einhaltung der Schuldenbremse unseren Enkeln und Urenkeln weniger Schulden zu hinterlassen, dann ist das erfreulich und sichert zunächst einmal deren Handlungsfähigkeit und Gestaltungsrahmen für die Zukunft. Wenn wir aber gleichzeitig eine Infrastruktur hinterlassen, deren Instandsetzung und Wiederinstandsetzung, Renovierung oder Sanierung seinerseits drei Generationen braucht, dann muss man sich die Frage stellen, ob es nicht einen gewissen Modifizierungsbedarf gibt, meine Damen und Herren. Denn als Innenpolitiker geziemt es sich für mich nicht, auf europäische Mitgliedsstaaten zu zeigen, aber Sie alle haben, ohne dass ich Abkürzungen nennen muss, Bilder vor Augen von Staaten in der Europäischen Union, deren Infrastruktur na ja, mindestens als erbärmlich bezeichnet werden kann und das durch politische Entscheidungen der vergangenen Dekaden. Und das alles können wir für Deutschland nicht wol-

len. Unsere Infrastruktur ist das Rückgrat unserer Wirtschaft und damit auch für den Wohlstand in unserem Land, meine Damen und Herren.

Die Lage – ich habe es gesagt – ist zwar insgesamt gut, aber das kommt eben leider, auch das ist angeklungen, längst nicht bei allen an. Viele niedersächsische Kommunen haben strukturelle Probleme, und zwar ernsthafte Probleme, die selbst dann nicht spürbar weggegangen sind, als die Einnahmen sprudelten. Und diese Kommunen können kaum noch all das leisten, was notwendig ist, von Investitionen ganz zu schweigen. Und wir müssen deshalb auch diese Diskussion erweitern, um den Aspekt des kommunalen Finanzausgleichs, ja, und ich gebe Ihnen recht, Herr Mädege, lieber Uli, der kommunale Finanzausgleich wird diese Unwucht nicht lösen. Darüber sind wir uns im Klaren. Aber der kommunale Finanzausgleich muss dennoch überprüft werden, weil seine letzte Überprüfung inzwischen zehn Jahre zurückliegt, und wir müssen uns ein paar Fragen stellen, die zunächst einmal an der Feststellung aufsetzen, dass der kommunale Finanzausgleich sich bewährt hat.

Aber das gesellschaftliche Umfeld hat sich verändert, die Parameter haben sich verändert. Wir müssen uns deshalb fragen, wird der Finanzausgleich noch seiner eigentlichen Aufgabe gerecht, stellt er für die Kommunen eine aufgabengerechte und verlässliche Finanzausstattung sicher? Werden Belastungen aus der demografischen Entwicklung, und da haben wir ja durchaus unterschiedliche: ansteigende Bevölkerungszahlen mit vielen Kindern, während gleichzeitig Prognosen sagen, dass in bestimmten Bereichen des Landes die Bevölkerung in den nächsten 15 Jahren um bis zu 15 oder 20 Prozent zurückgehen wird. Beides müssen wir versuchen in einem Finanzausgleich abzubilden. Sind die Grundlagen des Finanzausgleichs noch zeitgemäß? Aber ich kann Sie gleich beruhigen, wir werden den Finanzausgleich nicht über den Haufen werfen. Wir werden aber schauen müssen, ob und wie dieses gute Instrument weiter verbessert werden kann, eben insbesondere eingedenk der Tatsache, dass die letzte Überprüfung mehr als zehn Jahre zurückliegt. Das ist eine lange Zeit.

Das Innenministerium schreibt deshalb zurzeit ein Gutachten zur Novellierung des Finanzausgleichssystems aus und auch hier kann ich Sie beruhigen. Wir werden die Ergebnisse des Gutachtens erörtern und die Handlungsempfehlung ergebnisoffen bewerten. Diese Bewertungsgrundlage wird voraussichtlich Mitte 2015 vorliegen. Aber um es noch einmal deutlich zu sagen, wir werden das nicht alleine bewerten. Wir werden auch nicht einfach etwas beschließen, sondern wir werden eng mit den kommunalen Spitzenverbänden zusammenarbeiten, meine Damen und Herren, so, wie ich es von Beginn an der Wahlperiode seitens meines Hauses, aber auch der anderen Ressorts getan habe, diese gute Praxis werden wir konsequent fortführen und mit ihnen frühzeitig darüber reden, bevor Entscheidungen getroffen werden. Ich hoffe, dass wir gemeinsam für eine angemessene finanzielle Grundlage sorgen können, meine Damen und Herren, und lassen Sie mich noch eine Bemerkung machen. Zum Fonds Deutscher Einheit. Ich habe oft genug in meiner Zeit als Oberbürgermeister in Osnabrück und anderswo gesagt, der Fonds Deutsche Einheit war notwendig und es war richtig, dass sich die Kommunen daran beteiligen. Aber genauso richtig ist es angesichts der fabelhaften Entwicklung vieler Städte in den Neuen Bundesländern, jetzt zu sagen: genug. Es ist Zeit zu sagen, wir brauchen jetzt diese Mittel aus dem Fonds deutscher Einheit in unterschiedlicher Größenordnung, um die Investitionen beispielsweise oder auch die dringenden Fragestellungen von Bildungsinfrastruktur in Niedersachsen besser bewältigen zu können in unseren Kommunen und deswegen kann ich Ihnen zusagen, wir werden hier politisch versuchen, auf allen Ebenen zu einem Ende dieser Zahlungen der Kommunen in den Fonds Deutscher Einheit zu sorgen, meine Damen und Herren.

Die gute finanzielle Lage, die wir heute im Wesentlichen haben, lässt sich aber auf Dauer nur mit einer starken Wirtschaft erreichen und dazu zählt auch die kommunale Wirtschaft. Und die Landesregierung wird deshalb jetzt auch in Kürze einen Gesetzentwurf vorlegen, in dem unter anderem auch etwas steht zur kommunalen wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen. Wir wollen, wir werden die Rahmenbedingungen hierfür ver-

bessern, vor allem, aber nicht nur mit Blick auf die Energiewende. Auch die kommunale Wirtschaft bewegt sich in einem wechselvollen Umfeld. Für jeden erkennbar hat sich in den letzten Jahren eine starke wirtschaftliche und rechtliche Deregulierung ergeben und die ist nicht geschehen im luftleeren Raum, sondern sie ging einher mit anderen wirtschaftlichen Entwicklungen. Und es kommt nicht zuletzt dadurch auch immer wieder zu Konflikten zwischen Kommunen und Privaten. Die derzeit noch gültige Gesetzeslage schränkt die Kommunen nach meiner Überzeugung deutlich zu stark ein. Seit 2006, Sie wissen das alle, erhält ein privates Unternehmen dann den Vorzug bei einer wirtschaftlichen Betätigung, wenn das kommunale Unternehmen den öffentlichen Zweck nicht besser oder wirtschaftlicher erfüllen kann. Bislang ist es noch niemandem gelungen, und ich habe viele gefragt, mir die innere Logik dieser Regelung erklären zu können, meine Damen und Herren. Und deswegen werden wir das ändern. Die Kommunen sollen sich wieder wirtschaftlich betätigen können und zwar leichter als bisher, nämlich dann, wenn sie die Aufgabe genauso gut wie ein Privater erledigen können und darauf muss es ankommen, meine Damen und Herren. Und meine Erfahrung mit vielen kommunalen Betrieben ist ganz einfach: es gibt viele Bereiche, in denen kommunale Betriebe mindestens genauso gut sind, wie privatwirtschaftlich organisierte und gleichzeitig leisten diese Betriebe einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilität, zur finanziellen Stabilität der Kommune. Deswegen werden wir auch die Drittschutzklausel aufheben. Heute dienen die hiermit verbundenen Vorschriften für die Kommunen eben auch dem Schutz privater Dritter. Und wir wollen außerdem für Erleichterung sorgen beim Örtlichkeitsprinzip für die kommunalen Energieversorgungsunternehmen, auch das wird immer wichtiger in Zeiten, in denen immer wieder auch kommunale Versorger unter Druck geraten. Unser übergeordnetes Ziel, meine Damen und Herren, muss es dabei sein, dass die kommunalen Unternehmen schlagkräftiger werden, indem sie besser auf die dynamischen und sich ständig verändernden Anforderungen und eben vor allen Dingen auch die Bedürfnisse der Menschen reagieren zu können. Dieser Bewegungsspielraum für diese

Unternehmen ist deshalb so wichtig, weil nur dann das hohe Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger weiter bestätigt werden kann. Nur dann, wenn diese Unternehmen ihre Funktion wirklich wahrnehmen können, gelingt es auch, erfolgreich für die Kommune tätig zu sein. Und am Ende können auch für die kommunalen Haushalte daraus echte Stärkungsgewinne hervorgehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die finanzielle Lage hat natürlich noch viele weitergehende Folgen, Sie wissen das und das ist in den Regionen in Niedersachsen höchst unterschiedlich ausgeprägt. Und in manchen Orten hat das bereits zu Diskussionen geführt über kommunale Fusionen. Ob diese Fusionen allerdings gelingen, hängt extrem und stark ab von den örtlichen Bedingungen. Einige Kommunen haben sich schon auf neue Zuschnitte geeignet. Sie funktionieren immer nur dann und immer deshalb, weil vorab die Lage vor Ort umfangreich erörtert wurde, weil man nicht versucht hat, Menschen etwas aufzuoktroieren. Maßgeblich war zum Beispiel auch stets, dass die Entscheidungsträger gute Möglichkeiten sahen, durch eine Fusion oder sonstige kommunale, interkommunale Zusammenarbeit die Finanzkraft weiter zu stärken. Oder der Bevölkerung und den Entscheidungsträgern klar zu machen, welche Vorteile eine Fusion eben auch in der Perspektive bringt. Und teilweise, auch das ist die Wahrheit, waren die demografischen Prognosen so gravierend, dass es praktisch keine andere erfolgversprechende Lösung mehr gab. Die Diskussion um eine Neuordnung entsteht jedenfalls oft deshalb, und das ist der richtige Antrieb, weil man die eigene Lage verbessern will oder muss. Und dementsprechend bin ich auch als ehemaliger Kommunalpolitiker zutiefst davon überzeugt, dass am besten vor Ort erkannt und entschieden werden kann, welche Strukturen sinnvoll und tragfähig sind. Dabei stellen sich viele spezifische Fragen: Gewährleistet die Fusion, dass zumindest mittelfristig der Haushalt gestärkt wird? Können die demografische Entwicklung und die daraus entstehenden Folgen aufgefangen werden? Können die kommunalen Leistungen dauerhaft in der gewohnten Qualität erbracht und finanziert werden? Und nicht zuletzt, können sich die Menschen, die Bürgerinnen und Bürger mit dieser Kommune, mit der neuen

Kommune identifizieren? All das und viele weitere Fragen kann man aber nicht pauschal beantworten. Sondern man muss es sorgfältig abwägen und im Einzelfall und regional betrachten. Und deswegen geht der Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen in Niedersachsen auch zu Recht davon aus, dass die freiwillige Kooperation der Königsweg ist. Der Königsweg zu einem fairen, regionalen Interessenausgleich und zu einem regionalen Entwicklungskonzept. Und deswegen bleibt es dabei, eine Gebietsreform von oben ist auch bis jetzt nicht vorgesehen. Das Land, das MI, auch ich persönlich, wir sind aber auch immer bereit, zu moderieren, auch im engeren Sinne, zu beraten, Perspektiven aufzuzeigen, Alternativen zu diskutieren und darauf hinzuweisen, welche Chancen verspielt werden, wenn man bestimmte Wege nicht geht. Und ein neuer kommunaler Zusammenschluss auch zwischen einer Stadt und ihren Umlandgemeinden, lieber Uli Mäde, muss sich immer an verfassungsrechtlichen Grundsätzen orientieren, die nicht wir definieren, sondern die vorgegeben sind. Und es wird nun mal keine Stadt aus einem Gebilde, das sich aus einer Stadt und einem Landkreis ergibt, nur weil man sich das wünscht. Sondern man muss dann schon sehen, dass man in der Tat sehr genau hinschaut, welche Gemeinden können sich wem anschließen und was bedeutet das für die übrige regionale Struktur und die Überlebensfähigkeit dessen, was übrig bleibt. Auch das ist eine zentrale Frage, der ich mich als Kommunalminister stellen muss und die ich nicht danach beurteilen kann, für wen ich vielleicht die größere Sympathie in meinem Herzen hätte. Das darf niemanden in dieser Frage leiten, weil wir eine Verantwortung für den gesamten Raum haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein weiteres Stichwort ist angesprochen worden, das Personalvertretungsgesetz. Ich hatte es nicht auf meinem Zettel, aber ich spreche es trotzdem an, so wie ich auch einen anderen Punkt gleich ansprechen werde. Das Personalvertretungsgesetz muss in Niedersachsen weder in seiner jetzigen Fassung, noch in der Fassung, über die wir gerade nachdenken, irgendeinem Kommunalpolitiker den Angstschweiß auf die Stirn treiben. Wir haben ein in weiten Teilen bewährtes Personalvertretungsgesetz, von

daher werden sich die Änderungen, die wir jetzt erarbeiten und die wir mit den Fraktionen erörtern, auch in einem überschaubaren Rahmen halten. Und ich füge hinzu, ich kenne viele Kommunalpolitiker und Hauptverwaltungsbeamte und zähle mich selbst auch dazu: ich hätte als Oberbürgermeister kein Personalvertretungsgesetz gebraucht. Das Prinzip der vertrauensvollen Zusammenarbeit, der frühzeitigen Einbindung erleichtert ein formales Mitbestimmungsverfahren dann erheblich, wenn man sich vorher schon auf entsprechende Vereinbarung bilateral verständigt hat. Das hat immer geklappt, jedenfalls fast immer. Aber es gibt eben auch die Fälle, in denen das nicht funktioniert, weil die Hauptverwaltungsbeamten oder die Räte so sind, wie sie sind, oder die Personalräte. Deswegen brauchen wir bestimmte Regelungen. Und der Wirtschaftsausschuss, meine Damen und Herren, der ja immer wieder als ein Beispiel dafür zitiert wird, was man nicht braucht. Zu dem sage ich Ihnen, der Wirtschaftsausschuss tut niemandem weh. Er behindert auch nicht. Wozu er aber führen kann und das ist die Hoffnung, die ich damit verbinde ist, dass er in den Kommunen, in denen es diesen regelmäßigen, vertrauensvollen Dialog mit Beginn des Entscheidungsprozesses eben nicht in dieser Ausprägung gibt, dass hier eine frühzeitige Einbindung erfolgt mit der Folge, dass insgesamt die vertrauensvolle Zusammenarbeit eine bessere wird. Es hat mich ein wenig überrascht, dass Sie die Frage der Freistellungen nicht angesprochen haben. Vielleicht habe ich es aber auch überhört. Darauf würde ich Ihnen erwidern, dass wir auf gar keinen Fall mehr Freistellungen wollen. Da sind wir dabei, das im Zaum zu halten. Da gibt es Forderungen, selbstverständlich, aber auch darüber befinden wir uns in guten Gesprächen mit den Gewerkschaften, mit allen Gewerkschaften und Berufsverbänden, und ich sage Ihnen, das Gesetz, das jetzt in die politische Vorabstimmung geht, ist eines, vor dem sich auf kommunaler Ebene wirklich niemand fürchten muss. Das kann ich Ihnen versichern.

Ich will nun noch auf ein anderes Thema eingehen, das Sie alle sicherlich sehr bewegt und das auch schon angesprochen worden ist, nämlich die Frage der zunehmenden Verantwortung, der zunehmenden Aufgaben, die

auf Kommunen wieder zukommen in einem Feld von Sozialpolitik, nämlich dem der Flüchtlings- und Asylpolitik. Die Asylbewerberzahlen sind so hoch wie lange nicht mehr. 2013 wurden in Niedersachsen 10 225 Erstanträge gestellt, in 2014 waren es alleine bis August schon über 9 700, Tendenz steigend. Das wird so weitergehen und das muss uns allen klar sein, solange die grauenhaften Ursachen bestehen bleiben. Das sind der Krieg im Nahen Osten, der Bürgerkrieg in Syrien, die Verfolgung im Irak und viele, viele andere weitere Krisenherde. Und meine Damen und Herren, ich sage das hier in aller Deutlichkeit und auch im Bewusstsein der Schwierigkeiten, die das überall organisatorisch, operativ und finanziell macht: Wir wollen und wir müssen diesen Menschen helfen, meine Damen und Herren, das ist unsere europäische Pflicht. Und natürlich stellt uns das alle vor Herausforderungen und vor allem die Kommunen. Und deswegen werde ich nicht müde zu betonen, dass Flüchtlingspolitik zu allererst eine nationale Aufgabe ist. Flüchtlingspolitik kann keine Aufgabe sein, die zuerst von den Kommunen zu schultern sein muss. Flüchtlingspolitik ist nationale und europäische Verantwortung. Und deswegen müssen wir uns weiter dafür einsetzen und ich werde das wiederholt tun, auch auf den nächsten Innenministerkonferenzen, und nächste Woche beim Gespräch mit Herrn Bundesinnenminister de Maizière. Wir brauchen eine größere finanzielle Beteiligung des Bundes, bei dem, was an Kosten in dieser Frage anfällt. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Ja, wir erhöhen die Asylbewerberpauschale jetzt auf 6 200 Euro. Wir müssen uns nicht lange darüber unterhalten, dass das in den meisten Fällen die Kosten nicht abdeckt. Das wissen wir. Aber es ist eine Erhöhung und es ist die zweite Erhöhung innerhalb von drei Jahren. Und trotzdem reicht es in vielen Fällen nicht. Und trotzdem wissen wir, gleichzeitig wissen wir, Uli Mäde hat es auch angesprochen, wir brauchen die Erkenntnis und das daraus abgeleitete Handeln, nicht die gleichen Fehler zu machen wie in den 90er Jahren. Es reicht nämlich nicht, den Flüchtlingen ein Bett hinzustellen und drei Mahlzeiten am Tag zu geben. Was wir brauchen ist eine vernünftige Sozialarbeit. Was wir brauchen, ist eine frühzeitige Beratung der Flüchtlinge und Befra-

gung danach, was sie können, was für Qualifikationen sie haben. Wir brauchen den schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt. Wir brauchen mehr Integrationskurse. Wir brauchen mehr Deutschkurse, damit mehr Menschen schneller aus dem Asylverfahren heraus in Arbeit und Brot kommen und sich eine eigene Existenz in Deutschland aufbauen können, für immer oder für vorübergehend, meine Damen und Herren. Und wer wollte ernsthaft bestreiten, dass das nicht die Kommunen alleine tragen können. Und deswegen ist eine zentrale Forderung zum Beispiel die, dass der Bund die Kosten für die Gesundheitsversorgung übernimmt, und zwar flächendeckend, über entsprechende gesetzliche Regelungen, die dazu führen, dass die Kommunen hier wirksam entlastet werden und gleichzeitig die Asylbewerber einen umfassenden Gesundheitsschutz bekommen. Und wenn das gelingt, wird den Kommunen eine wesentliche Last der finanziellen Frage von den Schultern genommen, eine, die noch dazu kaum kalkulierbar ist. Und das schafft Raum für anderes. Nämlich für das, was nötig ist und was nur kommunal geleistet werden kann. Nämlich die Frage der Betreuung, der Beratung und anderes. Aber meine Damen und Herren, da hört die Pflicht des Bundes doch nicht auf. Keine Sorge, das Land sieht sich genauso in der Pflicht, darauf komme ich noch. Nur wenn der Bund beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge heute einen geschätzten Stau von Asylanträgen zwischen 120 000 und 140 000 hat, dann ist das eine Zahl, die den Flaschenhals dreimal so lang macht, als er ohnehin schon wäre. 140 000 nicht bearbeitete Asylanträge warten auf Bearbeitung. Wir haben Zuweisung an die Landesaufnahmeeinrichtung, die Landesaufnahmeeinrichtungen liegen überall über ihren Kapazitäten. Der Vorlauf für die Kommunen zwischen Ankündigung von aufzunehmenden Flüchtlingen und deren Ankunft wurde zuletzt immer kürzer. Das stellt die Kommunen vor nur schwer lösbare Aufgaben, zumal man die Kapazitäten, die man bis vor zehn Jahren noch hatte, nicht mehr brauchte und abgeschafft hat. Gleichzeitig finden wir in vielen Bereichen eine Wohnungssituation vor, bei der gerade bezahlbarer Wohnraum immer knapper geworden ist. All das wissen wir und deswegen müssen wir die Verfahren schneller

machen. Nehmen Sie das Beispiel, dass ein Asylbewerber heute in der Landesaufnahmeeinrichtung ankommt und nicht selten an die Kommunen weitergeleitet werden muss, noch bevor überhaupt sein Asylantrag hat angenommen werden können. Das sind keine Zustände, mit denen man Flüchtlingspolitik verantwortlich operativ organisieren kann in diesem Land. Und gleichzeitig, meine Damen und Herren, müssen wir Sorge dafür tragen, dass wir nicht jeden ins Asylverfahren zwingen, der dort gar nicht hinein gehört. Ich war neulich in der Landesaufnahmeeinrichtung in Braunschweig und habe mit mehreren Flüchtlingen gesprochen, mit Dolmetscher. Ich habe eine junge bosnische Familie kennengelernt, zwei junge Leute, Ende 20, mit zwei kleinen Töchtern. Und ich hab sie gefragt, warum sie Bosnien verlassen haben. Und es kam nicht, wie vielleicht der eine oder andere erwartet hatte, eine schlimme Geschichte über Verfolgung. Vielmehr hat der Vater gesagt: „Ich bin gelernter Bäcker und Konditor, es gibt bei mir keine Arbeit. Die Stadt war neulich überflutet und die Stadt konnte nicht helfen. Die Infrastruktur fehlt, die Schulen sind schlecht, ich will meinen Kindern eine bessere Zukunft bieten, als ich sie hatte.“ Dafür habe ich größtes Verständnis und Sie wahrscheinlich auch. Aber warum müssen wir diesen Mann mit seiner Frau zwingen, einen Asylantrag zu stellen, von dem wir von vornherein wissen, dass er abgelehnt wird? Warum schaffen wir keine Regelung, diesen Menschen einen geregelten Zugang nach Deutschland zu verschaffen? Das würde das Asylverfahren belasten, wir bekämen eine gesteuerte Zuwanderung, die uns auch auf dem Arbeitsmarkt helfen würde, die bestimmte Probleme auch in demografieschwachen Regionen lösen helfen könnte. All das wäre leichter. Und dann könnten wir uns konzentrieren auf diejenigen, die wirklich vor Mord, vor Totschlag und vor Krieg fliehen und denen wir helfen müssen. Das sind diejenigen, von denen ich anfangs sprach. Aber das ist ein weiter Weg und was wir tun müssen bis dahin ist, uns gegenseitig die Unterstützung jedes Mal zu gewährleisten, und die Unterstützung zu leisten, zu der wir fähig sind. Wir stocken gerade die Kapazitäten in den Landesaufnahmeeinrichtungen auf, ein vierter Standort zur Aufnahme wird demnächst bekannt gegeben, da sind die

Kapazitäten noch mal wieder um 600 Plätze erhöht, das verschafft wieder ein bisschen mehr Luft in der Frage, wann kriegen die Kommunen die Zuweisung. Aber machen wir uns nichts vor, die nächsten zwei, drei Jahre werden nicht leicht und ich habe eine Bitte an Sie als Multiplikatoren vor Ort. Und auch an diejenigen, die viel Verantwortung dafür tragen, wie wir dieses Thema sprachlich begleiten und kommunizieren. Wir erleben ein, und das hat Uli Mädge zu Recht beschrieben, eine vor 25 oder 20 Jahren kaum vorstellbare Empathie für Flüchtlinge in der deutschen Bevölkerung. Ehrenamtliche Initiativen bilden sich, um Flüchtlinge willkommen zu heißen und ihnen zu helfen. Um Hausaufgabenhilfe für die Kinder anzubieten und anderes. Großartiges Engagement von diesen Menschen und großartiges Engagement von den Kommunen. Dafür vielen Dank. Wir müssen nur darauf achten, dass wir angesichts der Belastungen – mit denen wir zwar fertig werden können, was aber schwer ist – dass wir angesichts solcher Herausforderungen nicht sprachlich abgleiten. Dass wir nicht von Strömen und Wellen sprechen. Von vollen Booten faseln oder davon, dass wir das alles nicht mehr leisten können. Und lassen Sie uns gemeinsam den politischen Druck erhöhen, der notwendig ist, um die Verfahren zu beschleunigen. Ich wiederhole es, auch wenn der eine oder andere im Saal es vielleicht anders sieht: Die Regelung zu den sicheren Herkunftsstaaten war aus genau den Gründen, die ich gerade beschrieben habe, richtig. Sie ist richtig, weil wir Leute in einem Verfahren halten, in dem sie keine Chance haben, erfolgreich zu sein, meine Damen und Herren.

Die Kostenabgeltungspauschale wird erhöht und wir sind uns natürlich bewusst, dass mehr besser wäre. Wir werden darüber in den nächsten Wochen und Monaten zu verhandeln haben, wenn es um die Frage geht. Wie verändern wir das Aufnahmegesetz in seinen Strukturen? Und es geht, ich will es noch mal betonen, bei dem Sichere-Herkunftsstaaten-Gesetz eben nicht darum, den Menschen das Asylrecht abzuschneiden oder streitig zu machen, sondern die Anträge schneller zu bearbeiten und das Signal in die Herkunftsstaaten zu senden: Es lohnt sich nicht, wenn ihr nicht über eine gesteuerte Einwanderung kommt,

weil ihr ohnehin wieder zurück müsst. Das ist auch eine Frage von Wahrheit, Transparenz und Aufrichtigkeit gegenüber den Menschen, um die es geht.

Und ich will noch eins klarstellen, zum Schluss dieses Punktes. Es wurde zuletzt häufig davon gesprochen, dass Kommunen durch diese Arbeit belastet sind. Das ist so, aber das darf man nicht falsch verstehen. Ich habe bei meinen Fahrten durchs Land bei den Terminen vor Ort den Eindruck, dass die Kommunen die Flüchtlinge selbst nicht als Last empfinden. Abgesehen von dem, was sie zu leisten haben. Sie müssen aber teilweise sehr, sehr schnell, sehr, sehr viel Aufwand leisten, um es zu bewältigen. Und ich finde – und ich will das noch mal sehr deutlich sagen –, weil es eben nicht selbstverständlich ist: Die Kommunen machen das sehr engagiert, trotz der angespannten Lage, und dafür möchte ich mich bei Ihnen stellvertretend ausdrücklich bedanken. Und das ist deshalb wichtig, weil es so weitergehen muss. Willkommenskultur kann man nicht verordnen. Willkommenskultur kann man nicht beschließen, sie muss gelebt werden. Das gilt für jeden einzelnen von uns und für die Menschen vor Ort, und das gilt natürlich auch für die Ausländerbehörden. Das gemeinsam mit unserer Sozialministerin Cornelia Rundt angestoßene Projekt weist hier in die richtige Richtung. 22 Bewerbungen waren dafür eingegangen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine Bemerkung machen, weil es angesichts der aktuellen Debatte nicht unter den Tisch fallen darf. Das, was in den Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen passiert ist, ist schändlich, ist schäbig und menschenunwürdig. Und kriminell, meine Damen und Herren. Und wir haben in Niedersachsen sofort geschaut: Mit wem haben wir eigentlich Verträge, wer ist eigentlich bei uns unterwegs? Und in Niedersachsen gibt es einen zentralen Unterschied: Erstens: Wir bringen als Land sehr wenig Flüchtlinge zentral unter. Von daher kommen wir seltener in die Situation, in der andere Bundesländer sind. Zweitens: Wir arbeiten mit diesen Unternehmen in den Landesaufnahmeeinrichtungen nicht zusammen. Und haben es auch nicht vor. Es gibt einige Kommunen, die haben Verträge mit EHC, Oldenburg zum Beispiel, aber nach ersten Nachfragen erfahren wir, es gibt dort überhaupt keine

Probleme. Deswegen müssen wir uns einerseits davor hüten, ein Unternehmen in einen Generalverdacht zu stellen, aber gleichzeitig müssen wir alles tun, um die Sicherheit der Menschen zu gewährleisten. Und ich habe kein Verständnis dafür, dass Subunternehmer beauftragt werden als Wach- und Sicherheitsdienste, deren Mitarbeiter nicht sicherheitsüberprüft sind, meine Damen und Herren. Und dafür reicht nicht das polizeiliche Führungszeugnis. Ich habe jetzt in einem Rundschreiben an die Kommunen noch einmal darum bitten lassen, mit besonderer Sorgfalt und Sensibilität auf diese Unternehmen und vor allen Dingen ihre Subunternehmerverträge zu schauen, weil wir hier eine sehr hohe Verantwortung für die Menschen haben.

Meine Damen und Herren, ich habe bereits zu Anfang gesagt, dass die Kommunen oft der erste Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger sind. Die Menschen identifizieren sich mit ihrer Kommune, also mit ihrem Wohnort, das sehen wir an den unzähligen ehrenamtlich Engagierten, die sich vor Ort einbringen. Die Menschen übernehmen hier bereits Verantwortung und sie wollen auch an politischen Prozessen und Entscheidungen teilnehmen und nicht alle von ihnen können oder wollen sich fünf Jahre lang an ein Mandat binden. Sie ahnen, worüber ich spreche, ich spreche über Bürgerbeteiligung und darüber, dass wir dieses Engagement fördern sollten. Wir wollen hier im niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz die richtigen Rahmenbedingungen für eine entsprechende Bürgerbeteiligung schaffen, ohne gleichzeitig den Handlungsspielraum und die Handlungsmöglichkeiten und die Handlungsgeschwindigkeit der Kommunen nachhaltig zu beeinträchtigen. Das ist die Zielstellung. Es soll dabei bleiben, dass die kommunalen Vertreter im Rahmen ihres repräsentativen Demokratiemandats die Entscheidungen treffen, aber wir wollen eben einen Beitrag dafür leisten, dass politische Entscheidungen künftig noch besser akzeptiert werden können, dadurch, dass mehr Teilhabe möglich ist. Die wichtigsten Instrumente dafür sind das Bürgerbegehren und der Bürgerentscheid. Wer ein Bürgerbegehren initiiert, der investiert dabei, das wissen Sie, oft viel Zeit und Kraft. Dieser Einsatz sollte, davon ist die Landesregierung überzeugt, nicht durch zu hohe

Hürden enttäuscht werden. Wir fragen uns daher aktuell, wie die Rahmenbedingungen verbessert werden können. Dazu gibt es mehrere Ansätze. Eine allgemeine Beratungspflicht der Kommunen zum Beispiel gegenüber den Initiatoren, um vergebliche Mühe in die richtigen Kanäle zu lenken. Das könnte dazu beitragen, auch formelle Fehler frühzeitig zu vermeiden, die zu viel Frust bei den Initiatoren führen können. Fast jedes zweite Bürgerbegehren scheitert heute am Kostendeckungsvorschlag. Dieser könnte entfallen, denn mir ist kein Bürgerbegehren bekannt, bei dessen Gegenstand auch Geld eine Rolle spielt, bei dem dann nicht auch über die finanziellen Auswirkungen diskutiert worden ist und auch mit entsprechender Nennung von Zahlen. Und meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor, wir brauchen niedrigere Quoten. Derzeit benötigt man zehn Prozent an Unterstützungsunter-

schriften für ein erfolgreiches Bürgerbegehren. Das ist in großen Kommunen oft kaum zu erreichen. Wir beabsichtigen derzeit das Quorum bei Kommunen bis 100 000 Einwohner und Einwohnerinnen bei zehn Prozent zu belassen, bei größeren Kommunen sollen zukünftig fünf Prozent Unterstützungsunterschriften für das Bürgerbegehren ausreichen. Das Zustimmungsquorum von jetzt 25 Prozent bei Bürgerentscheiden wiederum wird auf 20 Prozent danach abgesenkt, so der Plan. All das wird jetzt im Beratungsverlauf zu diskutieren sein. Ich halte es aber für richtig, Mitsprache zu ermöglichen, ohne dabei, und das ist mir ganz wichtig, die gewählten Vertreterinnen und Vertreter über Gebühr einzuschränken. Deswegen wird es nach jetzigem Stand der Gesetzesberatung keine Erweiterung des Katalogs geben, über den mit diesen Elementen entschieden werden kann, meine Damen und Herren.

Ich komme zum Schluss: Sie sehen, vor welchen großen wirtschaftlichen, finanziellen, demografischen oder auch sozialen Herausforderungen die Kommunen stehen. Wir haben ein gemeinsames Interesse daran, diese Themen zusammen anzupacken. Wir sind dabei in der Vergangenheit nicht immer einer Meinung gewesen und das wird auch in Zukunft so sein, das gehört dazu. Aber was wir weiter tun sollten und gut begonnen haben, ist vertrauensvoll und konstruktiv, wann immer es geht, miteinander zu reden und vor allen Dingen darüber zu sprechen, was wir jeweils vor haben und wo der Schuh drückt. Nur dann können Landesregierung und kommunale Spitzenverbände im Interesse der Menschen, die in den Städten und Gemeinden leben, gute Politik gewährleisten, das ist unser Auftrag und den wollen wir gemeinsam erfüllen, ich danke Ihnen fürs Zuhören.

Festvortrag von Alt-Oberbürgermeister Christian Ude – „Ohne Städte kein Staat“

Ja, vielen herzlichen Dank. Ich muss zunächst meiner Rührung Ausdruck geben, ich finde es wirklich unheimlich anständig, dass Sie alle noch da sind. Das ist ja angesichts des ursprünglichen Terminplans kaum zu erwarten gewesen. Die erste Frage, die Uli Mädge mir gestellt hat, kann ich nur mit einem klaren Nein beantworten, er wollte wissen, ob ich mich zwischenzeitlich an den Titel Altobürgermeister gewöhnt habe. Was in Bayern übrigens ein Ehrentitel ist, den der Gemeinderat extra beschließen muss. Und das habe ich offen gesagt nie verstanden. Ich habe mal im Kreis kommunaler Kollegen gesagt, dass das eigentlich ein ziemlich doofer Ehrentitel sei, da wäre mir ja Ex-Oberbürgermeister noch lieber. Das hat ein bodenständiger CSU-Kollegen wiederum überhaupt nicht verstanden und hat gesagt, Christian, Deine Ex ist einfach nur weg vom Fenster. Aber Deine Alte hat immer noch das Sagen! So habe ich angefangen, mich mit dem Titel zu versöhnen, ich hab ja sogar hier noch ein bisschen was zu sagen, also vielen Dank für die Einladung! Außerdem ist Bescheidenheit bei so einem schwerfälligen Titel, auch oft

missverständlich. Als mir eine Bürgerin sagte bei der Verabschiedung, Alt-Ober-Bürgermeister wäre aber doch ein sehr umständlicher Titel, habe ich ihr gesagt, es reicht völlig, weil ich auch nicht an so langen Titeln hänge, wenn Sie Meister sagen. Und das fand sie dann ein wenig abgehoben.

Also ich lasse es einfach bei der Beschlusslage und komme zur sehr viel schwierigeren Themenfrage. Ohne Städte kein Staat. Ja du liebe Zeit, um Himmels Willen, ist das denn inzwischen nicht nur noch eine ritualisierte Schwörungsformel, sagt denn das inzwischen nicht jeder? Tatsächlich kann man den Eindruck haben, dass das inzwischen Gemeingut sei, dass ohne Städte kein Staat zu machen ist, dass die Kommunen keineswegs nur die Schule der Nation ist, wo die kleinen Politiker lernen, wie sie mal Große werden können in Landtag und Bundestag, nein, Kommune ist der Ernstfall der Demokratie, das hat ein Bundespräsident gesagt. Wir sind dem Souverän, nämlich der Bevölkerung, von allen politischen Ebenen am nächsten, das hab ich mal vor dem Städtetag gesagt. Die Städte sind das Gedächtnis der gesamten Bevölkerung und



auch die Zukunftswerkstatt, also wie kann man ihre Bedeutung überhaupt noch in Zweifel ziehen? Ja, die Rhetorik hat sich gebessert. Und praktisch gibt es keinen Städtetag, wo nicht die Vertreter von Bundes- und Landespolitik ganz brav beteuern, dass die Kommunen aus Bürgersicht das allerwichtigste sind und dass ohne sie kein Staat zu machen ist. Die Rhetorik ist in Ordnung.

Aber in der Praxis stelle ich eine gegenläufige Tendenz fest, nämlich dass die Serie der Angriffe auf die kommunale Selbstverwaltung, auf die Planungshoheit und vor allem auf die kommunale Daseinsvorsorge nicht abreißt, sondern ganz im Gegenteil auf immer höhere Ebenen wandert und dort fortgeführt, sogar verschärft wird. Als ich Journalist war auf der Rathausbank, da gab es noch kommunale Klagen über den goldenen Zügel, also über Zuschussprogramme des Landes, mit denen die Kommunen zu Wohlverhalten gezwungen wurden und Klagen über die Rechtsaufsicht, die sich allzu obrigkeitlich einmischte. Später kamen die Attacken von der Bundesebene, da wurde plötzlich die Gewerbesteuer, unsere wichtigste Finanzquelle, in Zweifel gezogen und mancher versuchte, sie uns aus der Hand zu winden. Und vor allem wurden uns immer mehr Aufgaben aufgebürdet, ohne dass wir gleichzeitig die entsprechenden Mittel bekommen hätten, was zu Überlastung und finanzieller Auszehrung geführt hat. Da gab es Dank des Städtetages erfolgreiche Abwehr, das Konnexitätsprinzip steht endlich in allen Länderverfassungen, obwohl die Phantasie der höheren Ebenen und ihrer Ministerialbürokratie, es in der Praxis zu umgehen, immer noch Respekt einflößend ist. Aber in der Verfassung steht es schon mal. Heute haben wir es mit anderen Attacken zu tun, die noch höheren Orts geritten werden. Die Europäische Union hat, und das ist jetzt kein vulgärer antieuropäischer Kurs, sondern einfach eine nüchterne Bilanz. Die europäische Ebene hat in den vergangenen Jahren einen Versuch nach dem anderen gestartet, um auf Wunsch vor allem großer Konzerne und Wirtschaftsverbände die kommunale Daseinsvorsorge infrage zu stellen und auszuhöhlen. Mal waren die Nahverkehrsunternehmen ins Visier geraten, denen man Buslinien und sogar Trambahnlinien entwenden wollte, dann kamen die Sparkassen unter Feuer, weil die privaten Geschäftsbanken gerne sich deren Filialnetz und vor allem Kundenstämme und Umsätze unter den Nagel gerissen hätten, dann hieß es sogar, dass Bildungseinrichtungen, Kulturangebote und Kliniken einer Marktöffnung zugänglich gemacht werden müssten und in Einzelfällen wurden sogar Wohnungsunternehmen in kommunaler Hand oder auch in staatlicher infrage

gestellt. Und kaum ist eine Abwehrschlacht geschlagen worden, etwa die Verteidigung des öffentlichen Nahverkehrs und des Rechts der Kommunen, das Verkehrswesen auch selber durchzuführen, da kam schon die nächste Attacke auf die Sparkassen und dann auf die Wohnungsbaugesellschaften und im vergangenen Jahr sogar wieder auf die kommunale Wasserwirtschaft, obwohl da etwa grob geschätzt 98 Prozent der deutschen Bevölkerung auf unserer Seite sind. Nicht einmal das ist eine ausreichende Warnung für Brüssel, die Finger aus dem Spiegel zu lassen! Ich finde das extrem ärgerlich, weil man sich schon fragt, ob die Institutionen der Europäischen Union alle anderen Aufgaben von der Regulierung der Finanzmärkte bis zu einer humanitären Flüchtlingspolitik schon gelöst haben, dass sie nur noch kommunale Nüsse knacken müssen. Ich kann diese Einschätzung beim besten Willen nicht begreifen. Und man fragt sich, ob die Europäische Union nicht bereits genug Akzeptanzprobleme hat, um die Verärgerung der Bevölkerung in den Städten zu vermeiden, was ja wohl in ihrem ureigensten eigenen Interesse liegen müsste.

Aber jetzt ist inzwischen eine noch höhere Ebene erreicht worden, wo wir Angriffe zu gewärtigen haben, ich meine die Freihandelsverhandlungen zwischen der Europäischen Union und Kanada, wo sie abgeschlossen sind, und den USA, wo sie vor dem Abschluss stehen. Da werden ja schon wieder (ich habe das als Städtetagspräsident Anfang 2012 angesprochen, als es noch kein Medium in Deutschland interessiert hat) kommunale Unternehmen und kommunale Daseinsvorsorge infrage gestellt und gefährdet, ohne dass man auch nur in irgendeiner Stadt Deutschlands der Öffentlichkeit reinen Wein eingeschenkt hätte. Die Verhandlungen wurden anfangs vertraulich geführt, bis erfreuliche Indiskretionen das beendet haben. Und nach wie vor wissen wir nicht, was herauskommt. Deswegen sage ich nach wie vor, kommunale Selbstverwaltung und Daseinsvorsorge ist eine gefahrgeneigte Arbeit, wie die Juristen sagen, die Gefahren kommen nur von immer weiter oben her, nicht mehr die Kommunalminister der Länder sind das Problem, das sind ja oft Verbündete, nicht nur in Niedersachsen, aber hier besonders, wie ich gehört habe. Nicht

die nationale Politik ist das Problem, da sind in Zeiten der Großen Koalition gar keine Angriffe auf die Gewerbesteuer und keine neuen Initiativen für die Marktöffnung zu erwarten. Inzwischen heißen die Herkunftsorte von Risiken für die kommunale Daseinsvorsorge Europa oder sogar internationale Verhandlungen und deswegen ist größte Aufmerksamkeit, Wachsamkeit und sogar Misstrauen angebracht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Natürlich sind wir als Vertreter der Städte, die eine besonders exportorientierte Wirtschaft aufweisen, für möglichst viel Freihandel. Um diese Frage geht es auch gar nicht. Und dass Unternehmen ihre Investitionen vor Enteignung oder plötzlichen Überraschungsangriffen der Gesetzgebung geschützt haben wollen, ist auch nachvollziehbar. Nein, es geht um die Frage, ob in undurchsichtigen, intransparenten Vertragsklauseln auswärtigen Konzernen Rechtspositionen verschafft werden, mit denen sie plötzlich eine jahrzehntelange bewährte Praxis kommunaler Daseinsvorsorge in Zweifel ziehen können und vor Schiedsgerichten, die nicht öffentlich tagen, Milliardenforderungen auftischen können, die dann der nationalen Politik totale Grenzen ziehen. Es ist beruhigend, wie sich die offiziellen Stimmen der Politik gegen ein undurchsichtiges Schiedsgerichtsbarkeitswesen geäußert haben und für die kommunale Daseinsvorsorge einsetzten. Entscheidend ist aber eine andere Frage: Entscheidend ist, ob diese erfreulichen Stimmen sich bis zur Endfassung des Vertrages durchgesetzt haben werden und wie die Politik sich verhält, wenn das nicht der Fall sein sollte. Das ist die Stunde der Wahrheit und ich kann den Städtetag nur ermuntern und wachrütteln, sich auf die Stunde der Wahrheit vorzubereiten. Wenn wir uns durchgesetzt haben bis zu diesem Zeitpunkt, es ist ein grandioser Erfolg und der Freihandel wird die exportorientierten Unternehmen aus den städtischen Bereichen auch noch beflügeln. Aber wenn wir uns nicht durchgesetzt haben, sondern Gefahren für die kommunale Daseinsvorsorge im Vertragswerk schlummern und dann plötzlich durch Schiedsgerichtsurteile politische Realität werden können, dann müssen wir die kommunalen Interessen ganz massiv vertreten, das wird dann einige Monate lang nach meiner Prognose das zentrale

Thema der Kommunen sein. Nicht von jetzt auf gleich, sondern für die langfristigen Perspektiven unserer städtischen Unternehmen. Dabei geht es nicht nur um unsere Rolle als Arbeitgeber oder Betriebseigentümer, sondern es geht um die Frage, ob wir die Erwartungen unserer Bürgerschaft an die kommunale Daseinsvorsorge befriedigend erfüllen können oder ob das Rathaus in Zukunft nur noch die Reklamationsabteilung

auswärtiger Konzerne ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ohne Städte kein Staat, ohne Städte ist kein Staat zu machen. Das ist eine Binsenweisheit, weil zwar noch nicht in jedem Bundesland, Herr Landtagspräsident, aber in immer mehr Bundesländern die Mehrheit in den Städten lebt. Es ist sogar auf unserem ganzen Globus so, dass seit einigen Jahren die Mehrheit der Menschheit in Städten lebt und in der Europäischen Union sind es nach eigener Aussage sogar 80 Prozent, die in urbanen Verdichtungsräumen leben. Dass es ohne die nicht geht, versteht sich von selbst. Aber der Spruch „Ohne Städte ist kein Staat zu machen“ meint ja mehr, dass die Stimme der Städte ernster genommen und öfter beherzigt werden sollte, weil es sonst schiefgehen könnte. Ich will – auch um das Selbstbewusstsein der kommunalen Verbände zu stärken – zehn Stichworte nennen, wo tatsächlich der Deutsche Bundestag gut beraten gewesen wäre, sich schneller den Empfehlungen und Beschlüssen des Städtetags und der praktizierten Politik der Städte anzuschließen, statt dies viele Jahre und manchmal sogar Jahrzehnte hinauszuzögern.

Erstes Stichwort, wo es mich besonders ärgert, dass manche Bundespolitikerin den Eindruck erwecken konnte, sie müsste uns erwecken und zur Einsicht bringen: Kinderbetreuung und Ganztagschule sind doch in zahlreichen deutschen Städten schon Jahre oder jahrzehntelang praktiziert und ausgebaut worden, ehe der Bund überhaupt erkannt hat, dass das auch für ihn ein mögliches Betätigungsfeld wäre. Wir sollten deshalb diesen völlig falschen Eindruck, der Bund habe uns bei den Ohren gegriffen und den Bürgermeistern das Gebot der Stunde erläutert, nicht im Raum stehen lassen, wir sollten daran erinnern, wann die Kommunen Kinderbetreuung und Ganztagschule als Gebot der Stunde

erkannt haben und wann und wie viele Kinderbetreuungsplätze und Nachmittagsangebote wir schon geschaffen haben, ehe der Bund hechelnd hinter der Entwicklung hergelaufen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, beim zweiten Thema ist es ja fast bis zum heutigen Tag so. Den Wohnungsmangel nicht in allen Kommunen, aber in vielen Städten haben wir als deutscher Städtetag, als betroffene Städte immer schon artikuliert. Wir haben niemals aus dem statistischen Ausgeglichenheitszustand des Wohnungsmarktes geschlussfolgert, dass es keinen Wohnungsbau oder gar keine neuen Sozialwohnungen mehr brauche. Wir haben immer darauf hingewiesen, wie groß der Mangel ist und dass öffentlich geförderter Wohnungsbau zumindest in Städten mit erhöhtem Wohnungsbedarf erforderlich ist. Der Bund hat abermals im vergangenen Jahr dies viel zu spät eingeräumt und Konsequenzen gezogen, jetzt sogar die Mietenbremse. Ich darf daran erinnern: es war der Deutsche Städtetag in Frankfurt, wo die Kanzlerin erstmals, und zwar auf unser Drängen hin, eingeräumt hat, eine wirksame Mietenbremse wäre gar keine schlechte Idee, sondern müsse ernsthaft geprüft werden. Da hatten wir dieses Lied in München und anderen Städten mit Wohnungsbedarf schon sage und schreibe 25 Jahre lang gesungen! Was wäre der Mieterschaft alles erspart geblieben, wenn der Bund schneller reagiert hätte!

Das dritte Thema gilt für alle Kommunen, nämlich der Vorrang des öffentlichen Personennahverkehrs. Sie können Resolutionen des Deutschen Städtetags bis in die 70er Jahre, 60er Jahre zurückverfolgen, wo wir vorgebracht haben, dass mit dem Autoverkehr allein die Mobilitätsbedürfnisse der Verdichtungsräume nicht bewältigt werden können, dass auf die Schiene und den ÖPNV zu setzen sei. Das ist für die Zukunft nicht einmal jetzt hinreichend gesichert, im Gegenteil, uns stehen beim ÖPNV Finanzierungsprobleme in den kommenden Jahren ins Haus, dass einem Hören und Sehen vergeht. Denn zu den steigenden Mobilitätsbedürfnissen der Bevölkerung kommt ein explodierender Sanierungsbedarf der bereits fertigen Fahrzeugparks und der vorhandenen Bauwerke noch hinzu und der Finanzbedarf haut fast jede noch so gesunde Stadt um. Auch der ÖPNV ist also ein Beispiel,

dass die Städte rechtzeitig gewarnt und rechtzeitig die richtigen Forderungen gezogen haben.

Beispiel vier muss ich jetzt nicht mehr erläutern, obwohl es früher ein Thema für abendfüllende Debatten war. Die Städte haben nachweislich nicht alle, aber in großem Ausmaß, schon vor 10, 15, 20 Jahren mit der Energiewende begonnen und auf erneuerbare Energien gesetzt, auf Solarenergie, auf Wasserkraft, auf Windenergie und deswegen gilt auch hier: Der Bundesrepublik wäre manche Fehlentscheidung und Fehlinvestition erspart geblieben, wenn sie stärker auf die Kommunen gehört hätte, statt sich viel zu lange als Atomstaat zu gebärden und erst nach Fukushima die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Ich denke, auch das gehört zum kommunalen Selbstverständnis dazu!

Das fünfte Thema habe ich schon anklingen lassen bei den Angriffen von der europäischen Ebene. Die Kommunen mit ihrer Praxisnähe und der Deutsche Städtetag mit der Erfahrung seiner Mitglieder können für sich in Anspruch nehmen, in den mindestens zwei neoliberal wirtschaftsradikal geprägten Jahrzehnten der Privatisierung und Deregulierung nicht mit den Wölfen geheult zu haben, sondern bewährte Daseinsvorsorge verteidigt und öffentliche Unternehmen erfolgreich fortgesetzt zu haben. Sogar in die Regierungserklärung einer Landesregierung war die Überschrift eingeflossen: „Privat vor Staat“. Das war ein Glaubensdogma. Daran durfte nicht gerüttelt werden und in Wirtschaftsredaktionen der deutschen Presse und an wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Deutschlands schon gleich überhaupt nicht. Der Städtetag war fast die einzige Stimme neben Gewerkschaften, die nicht alles dem Dogma der Privatisierung opfern wollten, die vielmehr gesagt hat, dass Gemeinwohlorientierung in der Wohnungswirtschaft, im Sparkassenwesen, im öffentlichen Klinikwesen beibehalten werden muss. Auch hier wäre es der staatlichen Ebene gut angestanden, die kommunale Stimme etwas ernster zu nehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die drei Modebegriffe Partizipation, Integration und Kooperation sind von den Kommunen früher als von der staatlichen Ebene erkannt und

gepflegt worden. Bürgerbeteiligung ist für uns ein tägliches Geschäft und Integration, weil die Menschen nun einmal in unseren Städten wohnen, leben, arbeiten und Kinder zur Schule schicken, ist über alle Parteigrenzen hinweg selbstverständlich. Und Kooperation haben wir – nicht alle Kommunen, die Landkreise kann man da nicht einbeziehen, aber der Städtetag – immer schon gefordert. Hier habe ich mein groteskstes Erlebnis mit der Bundesebene gehabt, weil ich in diesen Jahren gerade Städtetagspräsident war. Wir haben darauf hingewiesen, dass große gesamtgesellschaftliche Aufgaben nur noch von allen staatlichen Ebenen gemeinsam bewältigt werden können, zum Beispiel die Kinderbetreuung, zum Beispiel die Integration und heute würde man noch hinzufügen: die Inklusion. Das war unser Credo: die drei Ebenen des Staates müssen zusammenwirken, um wenigstens gemeinsam überragende Herausforderungen meistern zu können. Was hat hingegen der Verfassungsgeber beschlossen, ich füge demütig hinzu: auf bayerischen Druck? Ein Kooperationsverbot. Ein Verbot des Zusammenwirkens der verschiedenen staatlichen Ebenen. Warum? Weil die Bayern gesagt haben, lieber nehmen wir gar kein Geld als dass wir uns zwingen lassen, es für Kinderbetreuung und Nachmittagsangebote ausgeben zu müssen. Das war der Grund, warum die Regierung Stoiber gesagt hat, so was darf nie wieder passieren, dass wir Bundesgeld bekommen, um plötzlich Kinderbetreuung unter drei Jahren und Nachmittagsangebote finanzieren zu müssen. Und was ist nach dem Kooperationsverbot geschehen? Die Pointe kommt ja erst. Nach dem Kooperationsverbot haben mich Minister der Bundesregierung im Wochenrhythmus nach Berlin eingeladen, um im kleinen Kreis ganz vertraulich zu beraten, wie dieses unsinnige Verbot umgangen werden könnte. Ursula von der Leyen wollte verdienstvollerweise Krippen der Kommunen fördern und durfte es nicht. Wolfgang Tiefensee vorbildliche Bussysteme, und durfte es nicht. Franz Müntefering die energetische Sanierung von öffentlichen Bauten, und durfte es nicht. Das Kooperationsverbot gehört nach wie vor zu den schlimmsten Schildbürgerstreichen des deutschen Verfassungsgebers und ist ein weiteres Beispiel, dass die Bundespolitik gut beraten wäre,

wenn sie früher auf den Deutschen Städtetag hört.

Und meine letzten beiden Beispiele kann ich ganz kurz machen, weil sie inzwischen Gemeingut sind. Der Städtetag hat in Zeiten der Deregulierungswut, die ja auch schon Weltanschauungscharakter, Religionsersatzcharakter angenommen hat, unmissverständlich aus der kommunalen Alltagspraxis heraus gesagt, wir brauchen in einer immer komplexeren Welt auch Regelwerke, damit das alles funktioniert. Aber nein, Deregulierung war das Gebot bei der Bauordnung und sonst wo und hinterher hat man geklagt, was jetzt plötzlich alles ins Kraut schießt und welcher Wildwuchs entsteht. Ich glaube, dass die Deregulierungswelle genauso wie die Privatisierungswelle nichts anderes als ein historischer Irrtum gewesen ist und der Städtetag kann froh sein, dem nicht aufgesessen, nicht auf den Leim gegangen zu sein.

Und das letzte Stichwort, Kolleginnen und Kollegen: auch heute, anno 2014, gehört der Städtetag zu den ganz wenigen Stimmen, die ehrlich sagen, dass die öffentlichen Aufgaben, die wir vorfinden, die beim Zusammenbruch der Verkehrsinfrastruktur mittlerweile alle politischen Lager beuteln, nach mehr Staatseinnahmen verlangen. Aber das heißt dann halt auch, dass man nicht gleichzeitig Steuersenkungen als ewigen Wahlkampfknüller im Schaufenster behalten darf. Da ich wie alle Menschen ungern Steuern zahle, habe ich jedes Verständnis für den Wunsch, die Last möge abnehmen. Aber solange keiner sagen kann, welche öffentlichen Aufgaben entfallen oder gekürzt werden sollen, ist es doch reine Irreführung, wenn wir den steigenden Sanierungsbedarf, den steigenden Investitionsbedarf bei jeder Gelegenheit beschwören, aber gleichzeitig so tun, als ob wir gerade an einer noch nie dagewesenen Steuerentlastung arbeiten dürften. Unsere Debatte zur Gewerbesteuer war ehrlicher! Wir haben gesagt, dass wir die Finanzquelle brauchen, um kommunale Aufgaben zu erfüllen. Dass wir an der Aufgabenerfüllung nicht rütteln lassen und dass jeder, der die Gewerbesteuer abschaffen oder demontieren will, ehrlich sagen muss, woher das Geld sonst kommen sollte. Ich denke, das muss zum Maßstab für jede finanzpolitische Debatte der Zukunft werden: wer Wohltaten verheißt, und seien es

Steuerentlastungen, muss sagen, wo das Geld stattdessen herkommen soll oder wo er es in Zukunft nicht mehr ausgeben möchte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke also, dass der Zentralsatz, ohne Städte kann man keinen Staat machen, nicht nur mit grundsätzlich philosophischen Aussagen über die Menschheitsgeschichte, Athen war vor Griechenland da oder so, untermauert werden kann, sondern auch mit zehnteil sehr prägnanten und existenziellen Punkten der Bundespolitik der letzten zwei, drei Jahrzehnte.

Ich habe es deshalb sehr naheliegend und erfreulich gefunden, dass sich vor drei Jahren gleich drei Oberbürgermeister von Landeshauptstädten aufgerufen gefühlt haben, vom Rathaus in die Staatskanzlei umzuziehen. Wie Sie alle in Niedersachsen wissen, ist dieses Vorhaben auch sehr erfolgreich gewesen, zu zwei Dritteln, und ich erwarte vom Niedersächsischen Städtetag so viel Anstand, so viel Taktgefühl und so viel Gastfreundschaft, dass er nicht weiter nach dem letzten Drittel fragt. Belassen wir es einfach bei der zeitlosen Feststellung, dass seit der Gründung der Stadt München durch Heinrich den Löwen immer wieder mal die Niedersachsen den Bayern sehr weit voraus waren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte aber nicht, dass wir wegen der zahlreichen Beispiele, in denen wir der Bundespolitik rechtzeitig die richtigen Ratschläge gegeben hatten, in Selbstzufriedenheit baden. Deswegen zum Schluss drei kritische Themen, wo ich meine, dass die Städte auch an sich selbst arbeiten müssen, statt nur auf richtigen Beschlusslagen herumzureiten. Erstens sollten wir die kommunale Familie einmal näher anschauen. Wenn ich diese Versammlung als Spiegelbild der kommunalen Familie sehe, würde ich sagen, da gibt es mit Herbert Schmalstieg und mir zwei Opas. Im Übrigen schaut es aber aus wie ein Vatertagsausflug. Abgesehen von den wenigen jetzt applaudierenden Frauen sind alle anderen zu Hause geblieben und die Jugend ist auch kaum bis gar nicht vertreten. Ich will damit nicht einer Verjüngung, gar einem Jugendwahn huldigen, das liegt mir schon aus Altersgründen völlig fern. Ich will nur darauf hinweisen: wir singen täglich das Lied, dass unsere Städte immer

bunter werden. Irgendwann sollten unsere Stadträte dem folgen. Dass die weibliche Mehrheit der Bevölkerung hier nur sehr minoritär vertreten ist und Mitbürger mit Migrationshintergrund fast gar nicht und junge Leute auch kaum, sollte uns beunruhigen. Ich nenne ein ganz konkretes Beispiel. Wenn ich auf dem Verband kommunaler Unternehmen bin oder auf dem Sparkassentag, also dort, wo in der kommunalen Familie richtig Geld verdient wird, von dem Oberbürgermeister nicht einmal zu träumen wagen, dann sehe ich fast überhaupt keine Frau. Und gleichzeitig debattieren wir alle in unseren Parteien, wie wir der Wirtschaft 40 oder noch mehr Prozent abverlangen für Frauen in Führungspositionen. Wir sollten da mit gutem Beispiel vorangehen, das ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit. Also bitte keine Selbstzufriedenheit der kommunalen Familie, es reicht schon, wenn wir nur das zustande bringen, was wir der deutschen Wirtschaft gesetzlich abverlangen wollen.

Zweites Thema Wahlbeteiligung, und das hat sich in den letzten Monaten noch mal dramatisch zugespitzt. Wir sind es inzwischen gewohnt, in Kommunen Wahlbeteiligungen weit unter 50 Prozent hinzunehmen. Bei Stichwahlen gab es schon unter 30 Prozent Wahlbeteiligung. Das heißt, dass man Stadtoberhaupt werden kann, wenn 16 Prozent, also nicht einmal jeder fünfte Wahlberechtigte, einen gewählt hat. Tendenz weiter fallend. Ich glaube, dass so ein Thema uns umtreiben muss, wenn die Mehrheit der Bevölkerung, ja eine wachsende Mehrheit, bald eine erdrückende Mehrheit, sich für alles, was wir treiben und tun, nicht mehr interessiert, da ist dann auch wurscht, ob sie dagegen sind oder nur gleichgültig, das Desinteresse muss uns alarmieren! Besonders befremdlich, aber auch nachdenkenswert finde ich es, wenn dies in Städten und Ländern geschieht, in denen man vor einem Vierteljahrhundert mit Montagsdemonstrationen noch die eigene Freiheit aufs Spiel gesetzt hat, um das Wahlrecht zu erstreiten. Und jetzt nimmt eine erdrückende Mehrheit an Wahlen überhaupt nicht mehr teil. Ich habe kein Patentrezept, ich will nur aus aktuellem Anlass sagen, was ich nicht für ein Patentrezept halte. Nämlich die immer weitergehende Erleichterung und Verbreiterung und Systematisie-

rung von Bürgerbeteiligung. Ich bin, liebe Kolleginnen und Kollegen, und kann das als Ex- oder Altbürgermeister ohne jede eigene Aktie im Spiel ganz unbefangen sagen, natürlich ein Befürworter von Bürgerbeteiligung. Schon um das Know-how der Bürgerschaft abzuschöpfen und um die Identifizierung von Aktivbürgern mit ihrer Kommune zu fördern. Ja, ich bin dafür. Aber ich glaube nicht an die Heilslehre, wir müssten die Bürgerbeteiligung immer noch ausweiten mit noch mehr Verfahren, mit noch mehr Budgetmitteln perfektionieren und dann haben wir glücklich Bürger, die auch gerne wählen gehen. Vor diesem Trugschluss will ich warnen. Ich sage, es ist im Gegenteil nach meiner Beobachtung so, dass die Bürger immer entspannter bei der Wahl zu Hause bleiben, wenn man ihnen vorher eingebläut hat: wenn Euch ein Thema mal wirklich interessiert, könnt ihr es ja in Eurer Umgebung selber entscheiden. Das ist ja ein Beitrag zur Entpolitisierung. Wenn ich das Interesse am Gemeinwesen einschläfere, indem ich sage, wenn es um Deine Bushaltestelle, um Deine Kinderkrippe, um Deine Verkehrssituation geht, dann kannst Du es ja im Einzelfall selber regeln, alles andere kann Dir wurscht sein. So denken aber viele Bürger, ich kenne persönlich Leute, die an Workshops fast schon berufsmäßig teilnehmen, aber nicht mehr wählen gehen. Denn was sie bestimmen wollen, können sie ja an sich ziehen. Aber mehr noch, ich halte es für eine Illusion, wenn wir Bürgern einbläuen, sie könnten bei Partizipationsverfahren alles entscheiden, ohne Rücksicht auf andere Interessen, die es in der Stadtgesellschaft ja auch gibt und ohne Rücksicht auf die Kosten, die durch Bürgerwünsche vor Ort entstehen. Es ist ja in Wahrheit nicht so, dass bei jeder Bürgerbeteiligung auch wirklich realisiert wird, was man vor Ort wünscht. Wenn die Wünsche dann nicht in Erfüllung gehen, ist die Frustration nur noch größer. Also bitte auch hier Skepsis vor Modeerscheinungen. Ich glaube, dass seit Stuttgart 21 die Bürgerbeteiligung als Patentrezept für alle Probleme genau so eine fragwürdige Patentlösung ist, wie es die Deregulierung oder Privatisierung von anderer Seite auch mal gewesen ist.

Und meine letzte Bemerkung, was neue Herausforderungen und Aufgaben angeht: Wir müssen genauer

schauen, was von außen auf uns zukommt. Ich hatte auch als Fernsehzuschauer den Eindruck, dass durch die notwendigen Hinweise, was Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien bedeuten kann, eine Verengung der Wahrnehmung ausgelöst wurde, als ob nur Armut zuwandern würde. Das ist schon diskriminierend für unendlich viele Fachkräfte, die mit höchster Kompetenz hierherkommen und im Berufsleben dringend gebraucht werden, es ist eine verzerrte Wahrnehmung. Aber viel wichtiger ist folgender Hinweis: Nicht nur Armut wandert zu, sondern oftmals ist für die Städte und ihr soziales Gleichgewicht die Reichtumszuwanderung viel problematischer. Und das ist eine globale Entwicklung, dass sich Arm und Reich auseinander entwickeln. Auch in früheren Ländern des Ostblocks, in einer Art und Weise, die der traditionelle Kapitalismus nie zustande gebracht hat. Milliardäre, Multimillionäre wollen Kapital im sicheren, sozial ausgeglichenen Deutschland anlegen, hier Immobilienbesitz erwerben. So jagen sie hier die Preise in attraktiven Städten in die Höhe – und plötzlich erleben wir im Straßenbild eine Spaltung der Stadtgesellschaft, die mit unseren historisch gewachsenen Erfahrungen, aber auch mit der Politik des sozialen Ausgleichs in den letzten Jahrzehnten überhaupt nicht vereinbar ist. Provozierender Reichtum, und das nicht nur in der Münchner Maximilianstraße, sondern genauso in schicken Vierteln von Frankfurt und Stuttgart, und neuerdings zunehmend in Berlin und gleichzeitig immer mehr Bettler. Auch wenn es bandenmäßig organisiert wird, sind die Leute, die da betteln müssen, schon arm. Und plötzlich ist die solidarische Stadt durch ihr eigenes Antlitz, durch die dort zu sehenden, im Stadtbild sichtbaren Zustände widerlegt. Die Reichen werden immer reicher und die Armut immer krasser und die Gegensätze immer provozierender, obwohl es, behaupte ich, mit den Entwicklungen unserer Städte gar nichts zu tun hat. Der Reichtum ist anderswo entstanden, wenn plötzlich Russen Villengrundstücken aufkaufen, inzwischen immer mehr Chinesen oder Südamerikaner und wenn immer mehr Arme betteln gehen, die in Kleinbussen aus Rumänien und Bulgarien angeschleppt werden. Ich glaube, dass die Bürgermeister, wenn sie nicht eines Tages zum Sündenbock dieser Entwicklung

werden wollen, solche internationalen Phänomene benennen und erklären müssen und eine Politik des sozialen Ausgleichs auch zum Thema der internationalen Politik machen müssen. Wir werden auch von einer sozialen Spaltung gefährdet, die importiert wird. Und ich nenne ausdrücklich beide Seiten, um das Unwohlsein der Bevölkerung, aber auch die Zuspitzung der Situation zu erklären. Beim

Thema Flüchtlinge als Zuwanderung bedanke ich mich bei Boris Pistorius für alles, was er hier gesagt hat, denn das erspart mir die Schlussüberlegung, dass die Kommunen bei aller Sensibilität für Pflichten und Aufgaben wirklich nicht zur Ursache internationaler Flüchtlingsbewegungen erklärt werden können. Darauf zu reagieren, und zwar finanziell, ist eine staatliche Aufgabe. Der Staat handelt nicht kom-

munalfreundlich, wenn er sagt, diese großartige humanitäre Aufgabe überlassen wir unseren Kommunen, wir selber halten uns an die Schuldenbremse. Nein, internationale Phänomene sind eine Herausforderung der staatlichen Organisationen. Wir müssen die Arbeit vor Ort tun, aber bezahlen, denke ich, muss es der Staat. Ohne den Staat sind keine guten Städte zu erhalten. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

AUS DEM VERBANDSLEBEN

Bezirkskonferenz Lüneburg-Stade tagt in Verden (Aller)



Auf Einladung von Bürgermeister Brockmann tagte die Bezirkskonferenz Lüneburg / Stade unter Vorsitz von Bürgermeister Wiese (Winsen, Luhe) in Verden (Aller). Zwölf Hauptverwaltungsbeamte aus dem Bezirk kamen in das Alte Rathaus der Stadt Verden (Aller) und haben insbesondere den Stand des Operationellen Programms der EU, des Landesraumordnungsprogrammes (LROP) sowie der Ärzteversorgung diskutiert. Darüber hinaus waren die Novellierung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsrechts sowie die

Flüchtlingsunterbringung Themen der Bezirkskonferenz.

„Für uns ist es von besonderer Bedeutung, dass wir uns im Bezirk Lüneburg-Stade zu den wichtigsten Themen auszutauschen“, so der Vorsitzende, Bürgermeister Wiese. „Ein abgestimmtes Vorgehen ist vor allem beim Thema LROP wichtig.“ Das Anhörungsverfahren laufe noch bis zum Ende des Jahres. Wichtig sei, dass die örtlichen Bedenken gegen die Verflechtungsgebiete gegenüber der Niedersächsischen Landesregierung formuliert werden. Aus Sicht der

Bezirkskonferenz kann zwar die Erreichbarkeit ein geeignetes Kriterium für die Bestimmung und Abgrenzung der Verflechtungsgebiete sein. Darüber hinaus seien aber auch die tatsächlichen Verflechtungen, die sich unter anderem auch Pendlerbeziehungen, Einkaufsverhalten, Siedlungsdichte, Lage der Versorgungseinrichtungen und administrativen Grenzen ergeben, zu berücksichtigen.

Dabei spiele, so die Bezirkskonferenz, auch die Ärzteversorgung sowie der in manchen Gebieten drohende -mangel eine elementare Rolle.

Oberbürgermeisterkonferenz tagt in Wilhelmshaven

Auf Einladung von Oberbürgermeister Andreas Wagner trafen sich die niedersächsischen Oberbürgermeister am 11./12. November in Wilhelmshaven. In seiner ersten Sitzung als Vorsitzender konnte Oberbürgermeister Mohrs (Wolfsburg) unter den 14 erschienenen vier neu gewählten Kollegen aus Göttingen, Hameln,

Delmenhorst und Oldenburg begrüßen. Im Mittelpunkt der Beratung standen die Flüchtlingsproblematik sowie der Entwurf des Landesraumordnungsprogramms. Die Oberbürgermeister hielten diesen Entwurf für sachwidrig: Die Ermittlung der mittelzentralen Verflechtungsbereiche sei schlicht unsinnig und beziehe die Realität überhaupt

nicht ein. Auch die Bedeutung der Oberzentren für die Versorgung des höheren spezialisierten Bedarfs sei ausgeblendet. Der Entwurf des LROP könne eigentlich nur zurückgezogen und komplett überarbeitet werden.

Die nächste Konferenz wird am 3./4. März 2015 in Emden stattfinden.

MITGLIEDER BERICHTEN

Varels neues Radwege-Leitsystem: Das Knotenpunktsystem

Die Wirtschaftsförderung der Stadt Varel hat nach dem Vorbild anderer Gemeinden ein (touristisches) Highlight für Varel umgesetzt: das Knotenpunktsystem.

Radfahrern dürfte das Leitsystem durchaus aus den Niederlanden bekannt sein, wo es seinen Ursprung hat. Im Lauf der Zeit hat sich das System immer weiter nach Norddeutschland ausgeweitet, wo es großen Anklang findet. Auch die benachbarten Gemeinden Zetel und Bockhorn haben dieses System umgesetzt, was eine großflächige, das gesamte südliche Friesland betreffende, Neuerung bedeutet.

Anstatt intensiver vorhergehender Tourenplanungen, fährt der Radfahrer bei den neuen Radrouten „nach Zahlen“; vor oder erst während der Tour sucht er sich die Knotenpunkte heraus, die er befahren möchte und notiert sie. Außerdem bieten Übersichtskarten an zahlreichen Punkten die Möglichkeit, sich zu orientieren. Ein Verfahren ist so gut wie unmöglich, im Gegenteil ist es gerade auch für die ortansässige Bevölkerung interessant, unterschiedliche Routen zu befahren, da das Knotenpunktsystem wie ein Netz über dem Raum liegt.

Zurzeit wird in Varel die Beschilderung aufgebaut, eine offizielle Eröffnung ist



Fritz Schimmelpenninck (Stadtbetriebe Varel) und Meike Knop (Wirtschaftsförderung) beim Anbringen des ersten Knotenpunkt-Schildes.

für das Frühjahr 2015 geplant. Aktuell ist die erste Auflage einer neuen Radwanderkarte erschienen, die auf dem Knotenpunktsystem basiert. Anhand einer Übersichtskarte werden die Längen einzelner Streckenabschnitte dargestellt, um je nach Belieben individuell abgestimmte Touren planen zu können. Auf der Karte sind außerdem die Anschlussstellen zu den Knotenpunktsystemen benachbarter Gemeinden dargestellt, weite Radtouren sind leicht umsetzbar. Die Karte enthält darüber hinaus gastronomische Tipps und Sehenswürdigkeiten.

Zukünftig sind verschiedene Optionen angedacht, beispielsweise thematisch ausgelegte Routenvorschläge wie eine „Wald-Route“ oder eine kulturell ausgelegte Wegstrecke. Des Weiteren

kann sich der Radfahrer für die Kombination mit einem Rundgang durch die Innenstadt entscheiden, der schon entwickelte Varel-Pfad wurde in Ausgabe 4-5/2013 vorgestellt.

Sowohl für Vareler Bürger wie auch Urlauber kann das Knotenpunktsystem eine neue Möglichkeit der Freizeitgestaltung sein, die immer wieder neue Ecken entdecken lässt.

Weitere Informationen zum Radwegenetz und der dazugehörigen Karte sind bei der Stadt Varel zu erfragen (Tel.: 04451-126270) und ab Anfang 2015 auf der Homepage (www.varel.de) zu finden.

Individuelle Gestaltungsmöglichkeiten bei neuem Georgsmarienhütter Internetauftritt



Mit jedem Endgerät problemlos aufrufbar: Bürgermeister Ansgar Pohlmann, Stephan Witte (Leiter IT-Abteilung), Stadtmarketing-Geschäftsführer Olaf Bick und Christian Belling vom städtischen Pressebüro (von links) stellen die neuen Internetauftritte der Stadt und des Stadtmarketingvereins vor.

Innovativ, frisch, bürgerfreundlich: Mit dieser Zielsetzung haben vor wenigen Monaten Mitarbeiter der städtischen IT-Abteilung sowie der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit die Arbeit an der Neugestaltung der Internetauftritte der Stadt Georgsmarienhütte sowie des Stadtmarketingvereins Georgsmarienhütte aufgenommen.

Herausgekommen sind dabei zwei parallel abgestimmte neue Internetpräsenzen, die mit einem nahezu identischen Layout und auf gleicher Technik basierend dem Besucher einiges an individuellem Gestaltungsspielraum für jedes mobiles Endgerät lassen. „Nicht nur die Optik, auch das intuitive System und die Kerneinstiege mit den wechselnden Bildern sind sehr gelungen“, findet Bürgermeister Ansgar Pohlmann.

Was ist neu?

Eigene „Icons“ setzen: Jeder Besucher hat die Möglichkeit, eigene Icons je nach Interesse auf der Startseite zu setzen. Unter den vier feststehenden

Icons, hinter denen das Ratsinformationssystem, Veranstaltungen, Stadtplan und Bürgerservice stehen, können unter Verwendung des „+“-Zeichens individuell maximal drei weitere Rubriken wie Kultur, Jugend oder Natur auf die Startseite gesetzt werden. Sobald ein eigenes Icon abgelegt wurde, wird es für den nächsten Besuch der Website gespeichert. Welche Begriffe sich hinter den Icons verbergen, wird beim „Herüberwischen“ mit der Maus deutlich, da eine Erklärung eingeblendet wird. Auf der Stadtmarketing-Seite wurden anstelle der selektiven Icons feste Bausteine gesetzt, die auf die wichtigsten Programme wie „GMHütte on Ice“ oder das „Business-Frühstück“ hinweisen.

Eigene „Favoriten“ setzen: Ebenfalls besteht die Möglichkeit persönliche „Favoriten“ zu markieren. Dabei können besuchte Seiten der Homepage unter der „Sternchen“-Funktion markiert werden. Diese Favoriten werden einem ebenfalls bei einem wiederkeh-

renden Besuch der städtischen Internetpräsenz angezeigt.

Zudem wurde bei der Neugestaltung darauf geachtet, dass von Google bekannte Suchfeld gut auffindbar zu platzieren. Dieses befindet sich nun oben auf der Startseite und kann wie die weltweite Suchmaschine unter Eingabe von Begriffen genutzt werden.

Besucher, die nicht das Suchfeld nutzen möchten, haben die Möglichkeit, sich in der Menüstruktur unter den Begriffen „Stadt“, „Rathaus“ und „Wirtschaft“ zu orientieren. Hier sind in Unterrubriken entsprechende Themengebiete der drei Oberbegriffe abgelegt.

Unter „Aktuelles“ sind die neuesten Nachrichten aus dem Stadtgebiet zu finden und unterhalb der Icons ist Platz für ein „Top-Thema“, das je nach Bedeutung auch mehrere Wochen dort stehen bleiben kann.

Des Weiteren setzt die Vollflächigkeit in der Darstellung mit außergewöhnlichen Fotomotiven Maßstäbe. Zudem wurde bei beiden Seiten das sogenannte „Responsive Webdesign“ angewandt, das dem Nutzer den reibungslosen Besuch der Homepage mit jedem mobilen Endgerät (PC, Tablet, Smartphone) ermöglicht. Dabei wird auf die Eigenschaften des jeweils benutzten Endgeräts reagiert. Dies betrifft insbesondere die Anordnung und Darstellung einzelner Elemente, wie Navigationen, Spalten und Texte, aber auch die Nutzung unterschiedlicher Eingabemethoden.

Umgesetzt wurde der Relaunch mit dem Content Management System NOLIS | Manager in der aktuellen Version 4.1.

Weitere Informationen unter www.georgsmarienhuette.de und www.stadtmarketing-georgsmarienhuette.de.



Verabschiedung von ausscheidenden Präsidiumsmitgliedern auf der Städteversammlung in Oldenburg.

Nach 18 Jahren hat **Hans-Günter Schärf** sich aus dem Rat zurückgezogen. Herr Schärf war der letzte Bürgermeister von St. Andreasberg und musste die Bergstadt in die Fusion mit Braunlage führen; er gehörte dann dem Rat der neuen Stadt Braunlage an. Es ist kein Geheimnis, dass dieser Weg ihm schwergefallen ist, auch wenn er die Notwendigkeit sah.

Samtgemeindebürgermeister **Walter Lampe** (Samtgemeinde Oberharz) geht zum 31. Dezember 2014 in den Ruhestand. Herr Lampe war jahrelang Mitglied im Umweltausschuss, Schulausschuss, Planungs- und Bauausschuss, Personal- und Organisationsausschuss, Arbeitskreis für Ver-

waltungsfragen der Samtgemeinden und im Arbeitskreis Tourismus des Niedersächsischen Städtetages. Bei der offiziellen Verabschiedung am 3. Dezember 2014 in Clausthal-Zellerfeld überbrachte Geschäftsführer Dr. Jan Arning die Glückwünsche des Verbandes.

Am 9. Dezember 2014 wurde Herr **Hans-Georg Weidenhöfer** für seine 50-jährige Mitgliedschaft in den Gremien der Stadt Bassum geehrt. Herr Geschäftsführer Dr. Jan Arning dankte dem Jubilar für seine langjährigen Verdienste um die kommunale Selbstverwaltung und überreichte als Geschenk die Fürstenberg-Vase des Verbandes.

Das Mitglied des Deutschen Bundestages, **Franz-Josef Holzenkamp MdB**, kann am 8. Januar 2015 seinen 50. Geburtstag feiern.

Ina Korter MdL, Mitglied des Niedersächsischen Landtages, hat ebenfalls am 8. Januar 2015 einen Grund zum feiern.

Harald Kunze, Beigeordneter a. D. des Niedersächsischen Städtetages, kann am 10. Januar 2015 seinen 55. Geburtstag begehen.

Hauptgeschäftsführer i. R. des Niedersächsischen Städtetages, **Dr. Eckehart Peil**, kann am 10. Januar 2015 seinen 80. Geburtstag feiern.

Nur zwei Tage später, am 12. Januar 2015 hat auch Geschäftsführer a. D. **Paul Krause** einen Anlass zum feiern, es jährt sich sein Wiegenfest zum 65. Mal.

Der Oberbürgermeister a. D. der Stadt Goslar, **Dr. Otmar Hesse**, kann sich am 19. Januar 2015 über die Glückwünsche zu seinem 75. Geburtstag freuen.

Das Mitglied des Niedersächsischen Landtages, **Horst Schiesgeries MdL**, wird am 23. Januar 2015 zum 60. Mal die Glückwünsche zu seinem Jubelfest entgegen nehmen.

Auch Oberbürgermeister a. D. **Jürgen Danielowski**, Stadt Göttingen, wird sich am 31. Januar 2015 über die Glückwünsche zu seinem 70. Geburtstag freuen.

SCHRIFTTUM

Baugesetzbuch für Planer im Bild

Praktisch kommentiert und grafisch umgesetzt
 Von Folkert Kiepe und
 Professor Dr. Arnulf von Heyl
 4., überarbeitete Auflage 2014. DIN A4.
 Gebunden. 398 Seiten mit 250 Abbildungen
 und Tabellen. Mit Download-Angebot und
 Aktualitätsservice.
 69 Euro Subskriptionspreis bis 31.10.2014,
 79 Euro Preis ab 1.11.2014.
 ISBN 978-3-481-03153-4
 Verlagsgesellschaft
 Rudolf Müller GmbH & Co. KG

Das Baugesetzbuch (BauGB) wurde zuletzt durch die Länderöffnungsklausel zu Mindestabständen zwischen Windenergieanlagen und Wohnen vom Juli 2014 geändert. Zuvor sorgten insbesondere die Klimaschutznovelle sowie die umfassende Städtebaurechtsnovelle für wesentliche Neuerungen. Diese Änderungen eröffnen vielfältige Möglichkeiten, zukünftige Vorhaben zu beschleunigen und zu vereinfachen.

Das „Baugesetzbuch für Planer im Bild“ erläutert und kommentiert die aktuellen Regelungen in Wort und Bild und richtet sich insbesondere an Architekten und Stadtplaner. Das Nachschlagewerk liefert in seiner 4., überarbeiteten Auflage den aktuellen Wortlaut des BauGB, der BauNVO sowie der PlanZV und zeigt alle Neuerungen auf einen Blick. Praxisnahe Erläuterungen und über 250 Abbildungen erleichtern das Verständnis der komplizierten gesetzlichen Regeln. Zahlreiche Diagramme, Schemata und Beispiele veranschaulichen die einzelnen Verfahrensabläufe und helfen bei der Anwendung in der Praxis.

Zusätzlich liefert das Buch praktische Arbeitshilfen und Vertragsmuster, so zum Beispiel zu Vorhaben- und Erschließungsplänen. Auf der Internetseite www.baurecht-im-bild.de stehen diese Arbeitshilfen und Vertragsmuster zum Download und individuellen Verwendung bereit. Der Online-Aktualitätsservice inkl. Newsletter informiert bei kleinen Änderungen der Rechtsgrundlagen und sorgt so bis zur Neuauflage für die nötige Aktualität.

Moderne Formen der Bürgerbeteiligung in Kommunen

Konzepte und Praxis
 Jürgen Hartwig, Dirk Willem Kroneberg
 (Herausgeber)

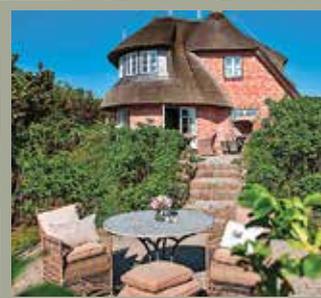
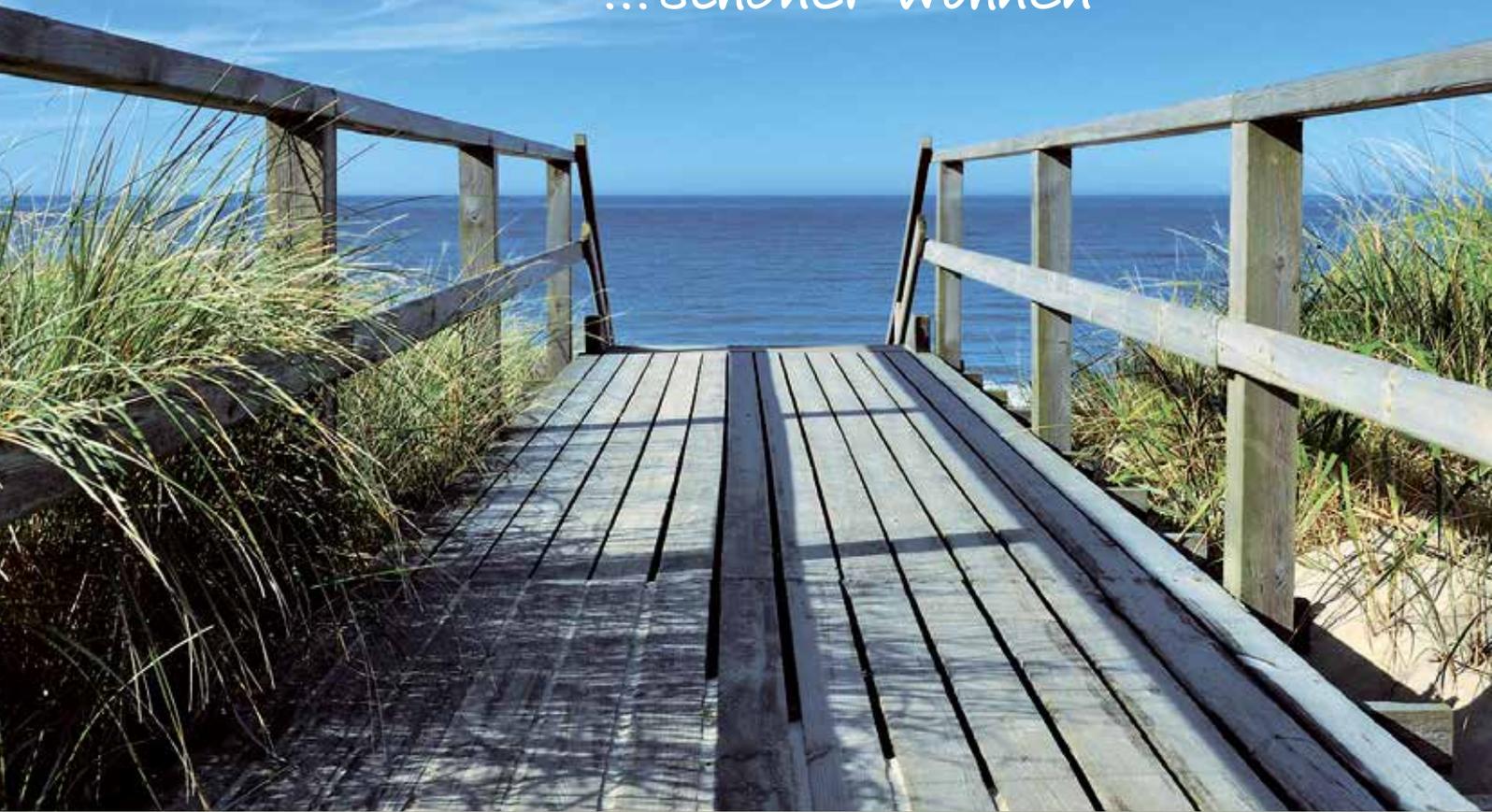
Reihe: Studien zur öffentlichen Verwaltung,
 Band III 2014, broschiert, 216 Seiten, Preis:
 29,90 Euro, ISBN: 978-3-643-12534-7

Bürgerbeteiligung greift das Interesse der Bürger in ihrem Gemeinwesen auf und wertschätzt sie als Experten für Lebensbedingungen vor Ort. Dieser Weg, hin zu mehr Bürgernähe und zur Bürgerkommune, erfordert zwar Arbeitsaufwand in der öffentlichen Verwaltung und für die Politik, generiert aber Gewinne: Die Bürger/-innen für die öffentliche Verwaltung, für die Kommunalpolitik und für mehr demokratische Stabilität unseres Gemeinwesens. Moderne Formen der Bürgerbeteiligung – Konzepte und Praxis. Ein Buch für Praktiker/-innen in Politik, öffentlicher Verwaltung und Ausbildung.



HÖPERSHOF SYLT

...schöner wohnen



VERMIETUNG
EXCLUSIVER FERIENDOMIZILE
WESTERLAND · RANTUM · HÖRNUM

OFFICE HÖPERSHOF SYLT

Strandweg 8 · 25980 Rantum · Telefon 0 46 51 - 99 55 966 · Telefax 0 46 51 - 99 55 967 · www.hoepershof-sylt.de

Postvertriebsstück 43935
Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt.
NST Nachrichten
Niedersächsischer Städtetag
Postfach 1207
30928 Burgwedel

**Stimmt die rechts angegebene Adresse noch?
Teilen Sie uns bitte Änderungen sofort mit.**

Vergessen Sie bitte nicht, bei Ihrer Änderungs-
anzeige die alte Anschrift mit anzugeben.

WINKLER & STENZEL
Marketing

Herausragen im Reiseland Deutschland

Damit Gäste Sie finden und wiederkommen – wir entwickeln
Marketing- und IT-Strategien für Städte und Tourismusregionen.

Buchen Sie bei uns einen Markencheck Ihrer Destination.

WINKLER & STENZEL
Marketing

Schulze-Delitzsch-Straße 35 · 30938 Burgwedel/Hannover
Tel. +49 5139 8999-0 · Fax +49 5139 8999-50
info@winkler-stenzel.de · www.winkler-stenzel.de